

Situationsanalyse der Kinder- und Jugendpolitik in Appenzell Ausserrhoden - Hinschauen und Nachfragen



Impressum



Im Auftrag von

Appenzell Ausserrhoden
Departement Gesundheit und Soziales
Amt für Soziales
Abteilung Chancengleichheit
Kasernenstrasse 17, 9100 Herisau
www.ar.ch/chancengleichheit

Autorin und Autor

Johanna Brandstetter, IFSAR
Tobias Kindler, IFSAR
Institut für Soziale Arbeit und Räume
OST – Ostschweizer Fachhochschule
Rosenbergstrasse 59, 9001 St.Gallen
www.ost.ch/ifsar
ifsar@ost.ch

Zitationsvorschlag

Brandstetter, J., & Kindler, T. (2021). *Situationsanalyse der Kinder- und Jugendpolitik in Appenzell Ausserrhoden – Hinsehen und Nachfragen*. St.Gallen: IFSAR Institut für Soziale Arbeit und Räume des Departements Soziale Arbeit der OST – Ostschweizer Fachhochschule.

14. Dezember 2021

Geschätzte Leserinnen und Leser

Die Weichen für ein glückliches, gesundes und erfolgreiches Leben werden in der Kindheit gelegt. In erster Linie sind dabei die Eltern für die Erziehung ihrer Kinder verantwortlich und erbringen einen unschätzbaren Dienst. Zahlreiche andere Akteurinnen und Akteure tragen aber auch eine wichtige Verantwortung, dass Kinder und Jugendliche gute Bedingungen für ihr Aufwachsen vorfinden. Neben den Bildungsinstitutionen sind vor allem die ausserschulischen Angebote von enormer Bedeutung und stärken die gesellschaftliche Teilhabe und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen. Sie bieten niederschwellige Möglichkeiten und vielfältige Räume, damit Kinder und Jugendliche sich körperlich, geistig und sozial entwickeln, mitteilen und bei Bedarf auch Unterstützung holen können.

Wie geht es den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Appenzell Ausserrhoden? Finden sie hier eine anregende, unterstützende und sichere Umgebung für ihre Entwicklung? Was hält junge Menschen im Kanton? Was sagen sie selbst dazu, was die politischen Verantwortlichen in den Gemeinden, und was die Fachexpertinnen und -experten?

Um erstmals eine solide Datenbasis zu diesen Fragen zu erhalten, erarbeitete die OST– Ostschweizer Fachhochschule eine Situationsanalyse zur Kinder- und Jugendpolitik in unserem Kanton. Die vielleicht wichtigste Erkenntnis aus der nun vorliegenden Analyse ist, dass eine grosse Mehrheit der 9-24-Jährigen angibt, sich in ihren Wohngemeinden wohl, angenommen und sicher zu fühlen. Der Bericht beinhaltet aber aufgrund der gesammelten Daten auch Handlungsempfehlungen, darunter eine verbesserte Kommunikation der Fördermöglichkeiten, familien-, kinder- und jugendgerechte Informationskanäle oder eine verbesserte Koordination der Akteurinnen und Akteure, um die Kinder- und Jugendpolitik zu optimieren.

Eine aktive und gut koordinierte Kinder- und Jugendpolitik ist keine Luxusaufgabe. Sie ist elementar für gleich mehrere Bereiche. Neben einer anregenden, sicheren und verlässlichen Umgebung für unsere Kinder und Jugendlichen, steigert sie ausserdem die Standortattraktivität der Gemeinden für Familien – ein erklärtes Ziel des aktuellen Regierungsrats von Appenzell Ausserrhoden.

Als Mitglied des Regierungsrates freut es mich daher, dass wir mit der vorliegenden Analyse nun die Basis für weitere Schritte in der Kinder- und Jugendpolitik gelegt haben. So können tragfähige Leitlinien erarbeitet werden, die ein gemeinsames Partizipationsverständnis und eine kooperative Grundhaltung der Akteurinnen und Akteure vorsehen. Unser Ziel soll es sein, nachhaltig die Lebensqualität – gerade der jungen Menschen – in unserem Kanton zu steigern.

Yves Noël Balmer

Regierungsrat

Departement Gesundheit und Soziales

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	6
Ausgangslage und Fragestellungen.....	6
Methodisches Vorgehen.....	6
Ergebnisse	6
Empfehlungen	7
1 Ausgangslage und Fragestellungen	8
2 Methodisches Vorgehen	10
3 Fachliche Grundlagen und Untersuchungsdimensionen	12
3.1 Schutz, Förderung und Partizipation.....	12
3.2 Kinder- und Jugendpolitik gestalten: die Frage nach dem «wie»	12
3.3 Kinder- und Jugendpolitik inhaltlich entwickeln: die Frage nach dem «was»	13
4 Fokussierung der Ergebnisse	14
4.1 Wohlbefinden und Schutz junger Menschen.....	14
<i>Ergebnisdiskussion</i>	16
4.2 Förderung und Partizipation junger Menschen	17
<i>Ergebnisdiskussion</i>	20
4.3 Chancengleichheit und Zukunftsperspektiven junger Menschen	21
<i>Ergebnisdiskussion</i>	24
4.4 Qualitativ hochwertige Angebote für junge Menschen.....	25
<i>Ergebnisdiskussion</i>	27
4.5 Erfahrungen aus der Covid-19-Pandemie.....	28
<i>Ergebnisdiskussion</i>	29
5 Empfehlungen	30
5.1 Erarbeiten von Leitlinien für die Kinder- und Jugendpolitik.....	30
5.2 Regelmässige Überprüfung der Massnahmen sicherstellen	31
5.3 Die aktive Kinder- und Jugendpolitik sichtbar machen	31
5.4 Stabile Rahmenbedingungen für ein koordiniertes Vorgehen schaffen.....	32
6 Literatur	33

Zusammenfassung

Ausgangslage und Fragestellungen

Das Amt für Soziales, Abteilung Chancengleichheit, hat sich zum Ziel gesetzt, die kantonale Kinder- und Jugendpolitik strategisch weiterzuentwickeln. Die Grundlage dafür bildet die vorliegende **Situationsanalyse** zu bestehenden Angeboten und Bedarfen. Diese dient der Entwicklung einer zukunftsorientierten kinder- und jugendpolitischen Strategie sowie entsprechender Massnahmen. Anleitend für die Datenerhebung waren die folgenden **Fragestellungen**:

- Welche wichtigen Anliegen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden geäussert und sollen in der kantonalen Kinder- und Jugendpolitik berücksichtigt werden?
- Welche Themen sollen in einer zukünftigen kantonalen Kinder- und Jugendpolitik Beachtung finden?
- Welchen aktuellen Entwicklungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe soll eine zeitgemässe Kinder- und Jugendpolitik gerecht werden?

Methodisches Vorgehen

Die Datenerhebung im Rahmen der Situationsanalyse wurde durch das Institut für Soziale Arbeit und Räume der OST – Ostschweizer Fachhochschule verantwortet und durch eine Steuergruppe begleitet.

Im Januar und Februar 2021 wurden in Appenzell Ausserrhoden wohnhafte **Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene** nach ihren Einschätzungen und Perspektiven mittels eines standardisierten Online-Fragebogens befragt. An der Befragung beteiligten sich 1'986 junge Menschen im Alter von 9 bis 24 Jahren (*→ Kinder- und Jugendbefragung*).

Anschliessend an die Kinder- und Jugendbefragung wurden ebenfalls mittels **einer Online-Befragung** in den Monaten März und April 2021 die Perspektiven der **Verantwortlichen für die Kinder- und Jugendpolitik auf kommunaler Ebene** erhoben. An dieser Befragung beteiligten sich 19 von 20 Gemeinden aus Appenzell Ausserrhoden (*→ Praxisprojektbericht*).

Ergänzend zu diesen Erhebungen wurden Interviews mit **Expertinnen und Experten aus den Bereichen Kinder- und Jugendförderung sowie Kinderschutz auf kantonaler und kommunaler Ebene** geführt, um die Einschätzungen der befragten jungen Menschen und Gemeindevertretenden um weitere fachliche Perspektiven zu ergänzen (*→ Expertinnen und Experten-Interviews*).

Ergebnisse

Wohlbefinden und Schutz

Die Ergebnisse zeigen u.a., dass es den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Appenzell Ausserrhoden **überwiegend gut** zu gehen scheint. Sie sind mit sich, ihrer Lebenssituation zufrieden. Die meisten Befragten fühlen sich in ihrer Familie, ihrem Freundeskreis und ihrem Dorf wohl. Als **einschränkend** wird das Überwinden langer Distanzen im ländlichen Raum sowie das teilweise fehlende Wissen um Hilfs- oder Unterstützungsangebote beschrieben. Sowohl die befragten jungen Menschen als auch die interviewten Expertinnen und Experten geben wichtige Hinweise, wie bestehende **Unterstützungsangebote** verbessert oder fehlende Angebote entwickelt werden könnten. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene machen darauf aufmerksam, dass es bezahlbare Angebote mit passenden Öffnungszeiten und kompetenten Fachpersonen brauche. Die Expertinnen und Experten weisen u.a. darauf hin, dass das Angebotsnetz lückenloser ausgestaltet werden und Professionalisierungsprozesse vorangetrieben werden sollten. Zudem thematisieren sie zentrale Finanzierungsfragen, die eng mit passgenauen Unterstützungsleistungen zusammenhängen.

Förderung und Partizipation

Die Ergebnisse zeigen u.a., dass die Mehrheit der befragten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen vorhandene **Freizeitangebote** kennen, diese nutzen und auch schätzen. Für Freizeitaktivitäten scheinen viele geeignete Orte vorhanden zu sein, gleichzeitig berichten die Befragten aber auch von Orten, die aus ihrer Sicht unattraktiv sind. Die befragten Expertinnen und Experten anerkennen die

Kinderrechte als Arbeitsgrundlage, dennoch gibt ein beachtlicher Teil der jungen Menschen in der Befragung an, noch nie von diesen gehört zu haben. Konkrete Fragen der **Partizipation** werden wie folgt eingeschätzt: Drei Viertel der befragten jungen Menschen vertreten die Meinung, dass sie Veränderungen an ihrem Wohnort nicht selbstständig erwirken können. Gleichzeitig wünscht sich jeweils die Hälfte oder mehr, in ihrer Gemeinde, Familie und im Freundeskreis mehr mitbestimmen zu dürfen. In den Ergebnissen spiegeln sich auch von den interviewten Fachpersonen beschriebene Ansätze, wie Partizipation im professionellen Handeln umgesetzt werden kann. Dazu zählen Gelegenheiten in Gemeinden, in der Arbeit von Fachstellen und im Bereich des Kinderschutzes, wenn es um die Mitsprache von Kindern oder Jugendlichen bei Unterbringungsfragen geht.

Chancengleichheit und Zukunftsperspektiven

Die Ergebnisse legen nahe, dass für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene ihr zukünftiger Beruf und entsprechende **Ausbildungswege** von Bedeutung sind. Weitere wichtige Themen sind Umweltschutz, Umweltpolitik und Zeit mit Familie und Freundinnen und Freunden zu verbringen. Die bestehenden Inklusionsmöglichkeiten und Bemühungen zur Herstellung von **Chancengleichheit** werden von den befragten Fachpersonen als gut eingeschätzt. Explizit benannt werden beispielsweise Angebote für die Inklusion von Kindern mit einer Behinderung. Die befragten Expertinnen und Experten identifizieren darüber hinaus bestimmte Faktoren, welche die Inklusionschancen junger Menschen in Appenzell Ausserrhoden wesentlich beeinflussen und die aktiv gestärkt werden können. Kritisch betrachtet wird beispielsweise, dass Möglichkeiten und Chancen zwischen verschiedenen Wohnorten teils stark variieren. Angeregt wird darüber hinaus, dass der Gruppe von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte, da diese oftmals über weniger Chancen und Möglichkeiten verfügen würden.

Angebotsnetz

Die Ergebnisse zum Thema **qualitativ hochwertiger Angebote** ermöglichen eine Gesamtschau bestehender Angebote und verweisen insgesamt auf ein sehr **breit aufgestelltes Angebotsnetz** in Appenzell Ausserrhoden. Dennoch kritisieren die befragten Fachpersonen eine **regional unterschiedliche** Angebotsdichte und Angebotsqualität. Sie bekräftigen damit die Wahrnehmung der befragten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die teils auch ungenügend über bestehende Angebote informiert sind. So melden viele der befragten jungen Menschen zurück, dass sie kaum Unterstützungsangebote in ihrer Nähe kennen. Dabei fällt auf, dass die Befragten insbesondere in Bezug auf Schule, Berufswahl und Lehre gut informiert zu sein scheinen, wohingegen bei schwierigen Situationen oder Konflikten mit Freundinnen und Freunden und der Familie weniger klar zu sein scheint, an wen sich Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene wenden können. In diesem Themenblock geben die Ergebnisse ausserdem Einblick in die Diskussion zum Verhältnis von **ehrenamtlichem Engagement und Professionalisierung** von Angeboten. Darüber hinaus wird **Vernetzungsarbeit** zur Nutzung von Synergien thematisiert, auf Gelingendes hingewiesen und Optimierungspotenzial aufgezeigt.

Empfehlungen

Aus den fachlichen Diskussionen während der Erarbeitung der Situationsanalyse lassen sich Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik in Appenzell Ausserrhoden ableiten:

Erarbeiten von Leitlinien für die Kinder- und Jugendpolitik im Sinne einer gemeinsamen Vision, die von den unterschiedlichen Akteuren unterstützt wird. Inhaltliche Elemente dafür sind Partizipation, Nachhaltigkeit und eine kooperative Grundhaltung.

Eine **regelmässige Überprüfung der Massnahmen sicherstellen**, sodass die Kinder- und Jugendpolitik auf Basis einer soliden Datengrundlage weiterentwickelt werden kann. Unterschiedliche Massnahmen, ihre Ausrichtung (kurz- bzw. langfristige Wirkung) und die Machbarkeit sind dabei zu berücksichtigen.

Die **aktive Kinder- und Jugendpolitik** und damit die Aktivitäten des Amtes für Soziales sowie der Gemeinden in diesem Bereich weithin **sichtbar machen**, sodass Informationen für unterschiedliche Zielgruppen aufbereitet und Wissensbestände sowie (neue) Fördermöglichkeiten zugänglich sind.

Die Umsetzung dieser Empfehlungen bedarf **stabiler, nachhaltiger Rahmenbedingungen**, die allerdings für die Koordinationsarbeit in der Kinder- und Jugendpolitik derzeit nicht ausreichend formuliert sind. Ein Kinder- und Jugendförderungsgesetz, das die entsprechenden Kompetenzen regelt, sollte daher im Rahmen einer Gesetzesrevision berücksichtigt werden.

1 Ausgangslage und Fragestellungen

Das Amt für Soziales, Abteilung Chancengleichheit, hat sich zum Ziel gesetzt, die **kantonale Kinder- und Jugendpolitik strategisch weiterzuentwickeln**. Die Rahmensetzung dafür wurden in einer Leistungsvereinbarung mit dem BSV festgelegt und vom Regierungsrat unterzeichnet. Es handelt sich um ein Politikfeld, welches mit Kindern und Jugendlichen im Alter von 0 bis 17 Jahren 21 % und mit jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 24 weitere 7 % der kantonalen Bevölkerung konkret betrifft (Bundesamt für Sozialversicherungen [BSV], 2021a). Es gibt in Appenzell Ausserrhoden bisher kein spezifisches Kinder- und Jugendförderungsgesetz, das diesen Politikbereich regelt.

Gesetzliche Grundlagen für eine Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik mit den zentralen Elementen Förderung, Schutz und Partizipation bestehen auf **Bundesebene**:

- Art. 67 Abs. 2 Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft (BV, SR 101);
- Art. 26 Bundesgesetz über die Förderung der ausserschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (KJFG, SR 446.1);

Gesetzliche Grundlagen in Appenzell Ausserrhoden sind:

- Art. 24 Abs. 2 Kantonsverfassung (bGS 11.1; Sozialrechte): «Jedes Kind hat Anspruch auf Schutz und Fürsorge sowie auf eine seinen Fähigkeiten entsprechende, unentgeltliche Grundausbildung während der obligatorischen Schulzeit»
- Art. 41 Abs. 1 Kantonsverfassung (bGS 111.1) (Familie, Jugend und Betagte): «Kanton und Gemeinden unterstützen Familien und andere Lebensgemeinschaften mit Kindern in der Erfüllung ihrer Aufgaben; sie können die Schaffung geeigneter Bedingungen für die Betreuung von Kindern unterstützen».

Die Kinder- und Jugendpolitik wird auf diesen Grundlagen eingereiht in das vielfältige Engagement des Amtes für Soziales in den Bereichen Integration, Frühe Kindheit sowie Familienpolitik. Die jeweiligen **Schnittstellen** sind im Rahmen der Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik zu definieren (siehe Abbildung 1). Der Bereich der formalen Bildung ist dabei ein eigenständiger Bereich, der über die Kantonsverfassung, das Volksschulgesetz sowie den Lehrplan 21 verankert ist und den schulischen Bildungsbereich der Kinder und Jugendlichen abdeckt. Vor dem Hintergrund dieser Zuständigkeitsregelung sind Themen der formalen Bildung kein Gegenstand der vorliegenden Situationsanalyse. Die bestehenden Verbindungen zur Kinder- und Jugendpolitik, wie beispielsweise das Gestalten von Übergängen zwischen Schule und Freizeit, Schule und Integration etc., werden selbstverständlich in der Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik berücksichtigt.

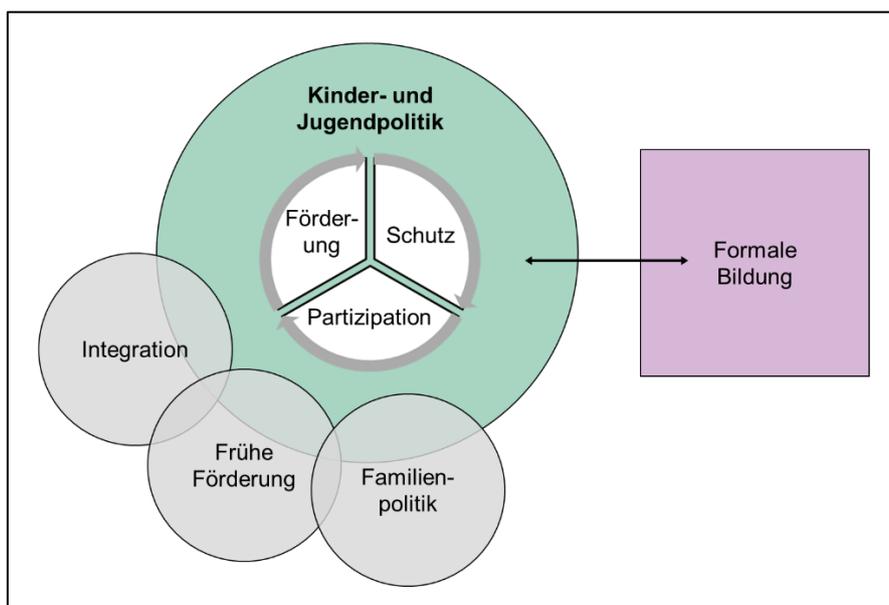


Abbildung 1. Bezüge der Kinder- und Jugendpolitik Appenzell Ausserrhoden

Konkret sind **bereits heute** in den Themenbereichen der Kinder- und Jugendpolitik Teilhabeprozesse in politischen und gesellschaftlich relevanten Themenbereichen für junge Menschen möglich, wie zum Beispiel die Teilnahme von Jugendlichen und jungen Erwachsenen am Jugendparlament SG, AI und AR. Auch diverse Angebote in den Bereichen Beratung, Information und Entwicklung für die Zielgruppen Kinder, Jugendliche, Familien und junge Erwachsene sind vorhanden. Die Hauptverantwortung zur Umsetzung konkreter Angebote der Kinder- und Jugendförderung liegt, auf Basis des Subsidiaritätsprinzips, bei den Gemeinden.

Dabei zeigt sich die **Ausgangslage in den 20 Gemeinden in Appenzell Ausserrhoden unterschiedlich**. Die Kinder- und Jugendarbeit nimmt eine wichtige Position in der ausserschulischen Kinder- und Jugendförderung¹ vor Ort in den Gemeinden ein. In wenigen Gemeinden existieren bislang professionell geführte Angebote, häufiger werden die Angebote von Vereinen oder ehrenamtlich geleitet. Kinder- und Jugendbeauftragte sind nicht in allen Gemeinden formell installiert. Ein Vernetzungsgefäss zwischen Fachpersonen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Austausch zwischen Gemeinden und Kanton ist bereits eingerichtet. Zudem bestehen finanzielle und personelle Ressourcen seitens des Kantons zur Unterstützung der Gemeinden und einzelner Projekte. Deren Beantragung und Umsetzung liegt im Verantwortungsbereich der Gemeinden. **Auf kantonaler Ebene besteht eine weitgehende Generalkompetenz betreffend Kinder- und Jugendpolitik** (BSV, 2021b). Zu regeln und koordinieren sind diesbezüglich die Kinder- und Jugendpolitik, die Kinder- und Jugendhilfe, dazu gehört auch, Ziele für diese beiden Bereiche zu setzen. Weiter sollen Mittel und Gremien eingerichtet werden, damit Koordinations- und Verfahrensfragen angemessen bearbeitet werden können (ebd.). Die Stelle eines oder einer kantonalen Kinder- und Jugendbeauftragten ist in Appenzell Ausserrhoden im Amt für Soziales installiert, diese hat Irina Wedlich inne. Zum Zeitpunkt der Situationsanalyse stellt Vernetzung in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe eine zentrale Aufgabe dieser Stelle dar.

Nach unterschiedlichen Neustrukturierungen im Kanton (u. a. Aufhebung der Kommission für Gleichstellung und Integration im Jahr 2016) gibt es derzeit keine kantonale Kinder- und Jugendkommission. Dennoch werden damit verbundene Aufgaben, wie bspw. ein Resonanzkörper für Rückmeldungen an die Kinder- und Jugendbeauftragte und für Strategieentwicklungen als sinnvoll erachtet. Diese und weitere **konkrete Aufgaben einer kantonalen Kinder- und Jugendpolitik** sollen im Rahmen der kantonalen Strategie zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik erarbeitet und konkretisiert werden.

Wie oben skizziert, wurden unterschiedliche Aspekte und Anliegen der kantonalen Kinder- und Jugendpolitik als Ausgangspunkt für deren Weiterentwicklung identifiziert. Ein systematisierter Gesamtüberblick über bestehende Angebote und Bedarfe in Appenzell Ausserrhoden wurde bislang nicht erhoben. Vor diesem Hintergrund initiierte die Kinder- und Jugendbeauftragte eine **breit abgestützte Situationsanalyse**. Ziel dieser Analyse war es, auf der Basis von qualitativen und quantitativen Erhebungen Grundlagen für eine zukunftsorientierte kinder- und jugendpolitische Strategie sowie entsprechende Massnahmen zu entwickeln. Anleitend für die Datenerhebung waren die folgenden Fragestellungen:

- Welche wichtigen Anliegen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden geäußert und sollen in der kantonalen Kinder- und Jugendpolitik berücksichtigt werden?
- Welche Themen sollen in einer zukünftigen kantonalen Kinder- und Jugendpolitik Beachtung finden?
- Welchen aktuellen Entwicklungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe soll eine zeitgemässe Kinder- und Jugendpolitik gerecht werden?

Die Datenerhebung im Rahmen der Situationsanalyse wurde durch das Institut für Soziale Arbeit und Räume (IFSAR) der OST – Ostschweizer Fachhochschule verantwortet und durch eine Steuergruppe begleitet. In die Arbeitsphasen wurden **Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie Fachpersonen auf kommunaler und kantonaler Ebene einbezogen**.

¹ Im vorliegenden Bericht werden unter *Kinder- und Jugendförderung* Bestrebungen verstanden, die darauf abzielen, Kindern und Jugendlichen ein gelingendes Aufwachsen zu ermöglichen. Eine andere Bedeutung hat der Begriff *der Kinder- und Jugendhilfe*, welcher als Sammelbegriff für konkrete Angebote dient. Damit sind Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendförderung, des Kinderschutzes sowie der Partizipation gemeint.

2 Methodisches Vorgehen

Die Situationsanalyse basiert auf einer Entwicklungsphase **fachlicher Grundlagen** (s. Kapitel 3) und einer **Erhebungsphase** bisher nicht vorliegender Daten zu Aspekten der Kinder- und Jugendpolitik (s. Kapitel 4). Die Gesamtheit der Ergebnisse mündet in **Empfehlungen** für das weitere Vorgehen in der kantonalen Kinder- und Jugendpolitik aus fachlicher Sicht (Kapitel 5), welche als **Grundlage** für politisch-strategische Entscheide herangezogen werden sollen.

In einem ersten Schritt wurden im Frühjahr und Sommer 2020 die Grundlagen für die Situationsanalyse festgelegt. Gemeinsam mit den Expertinnen der kantonalen Verwaltung wurden in zwei moderierten Workshops erste konzeptionelle Ansätze einer Kinder- und Jugendpolitik erarbeitet. Diese dienten der Auseinandersetzung mit fachlichen Grundlagen auf nationaler und kantonaler Ebene. Ebenso wurde das weitere methodische Vorgehen für die Erhebungsphase festgelegt. Um die Fragestellungen breit abgestützt zu bearbeiten und passende Daten zu generieren, wurde ein **Mixed Methods Ansatz** gewählt, der **quantitative und qualitative Erhebungselemente** kombiniert. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die gewählten Erhebungsmethoden, die unten im Detail beschrieben werden.

Tabelle 1. Überblick über die gewählten Erhebungsmethoden

Methodisches Vorgehen	Zielgruppe	Rücklauf
(1) Quantitative Befragung	Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 9 bis 24 Jahren	1'986 Personen
(2) Quantitative Befragung	Verantwortliche für die Kinder- und Jugendpolitik in den Gemeinden	19 Gemeindevertreternde
(3) Qualitative Interviews	Fachpersonen aus den Bereichen Kinder- und Jugendförderung sowie Kinderschutz auf kantonaler und kommunaler Ebene	11 Expertinnen und Experten

(1) Die **Befragung der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen** erfolgte in den Monaten Januar und Februar 2021 mittels eines standardisierten Online-Fragebogens. Die Teilnehmenden wurden gebeten, Angaben zu ihrer Person (Geschlecht, Alter, Wohnort etc.), ihrem persönlichen Wohlbefinden sowie ihrer Einschätzung zu Partizipationsmöglichkeiten, Freizeit- und Unterstützungsangeboten im Kanton bzw. an ihrem Wohnort zu machen. An der Befragung beteiligten sich 1'986 junge Menschen aus Appenzell Ausserrhoden im Alter von 9 bis 24 Jahren. Dies entspricht, gemessen an der Grundgesamtheit von 8'936 in Appenzell Ausserrhoden lebenden jungen Menschen in diesem Alter, einem Rücklauf von 22 % (*→ Kinder- und Jugendbefragung*).

(2) Anschliessend an die Kinder- und Jugendbefragung wurden ebenfalls mittels einer Online-Befragung in den Monaten März und April 2021 die Perspektiven der **Verantwortlichen für die Kinder- und Jugendpolitik auf kommunaler Ebene** erhoben. In dieser Erhebungsphase stand die Perspektive der Gemeindevertretenden im Bereich Kinder- und Jugendpolitik auf die vorhandenen Angebote und deren Nutzung im Fokus. An der Befragung beteiligten sich 19 von 20 Gemeinden aus Appenzell Ausserrhoden (*→ Praxisprojektbericht*).

(3) Basierend auf den Ergebnissen der vorangehenden quantitativen Befragungen wurden im dritten Erhebungsschritt leitfadengestützte **Interviews mit Fachpersonen** aus den Bereichen Kinder- und Jugendförderung sowie Kinderschutz auf kantonaler und kommunaler Ebene geführt. Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner waren Irina Wedlich (Expertisebereich: Frühe Kindheit), Evelina Brecht (Integration), Markus Meitz (Prävention), Rahel Lutz (Kinderschutz KESB Abklärungsdienst), Thomas Ortlieb (Offene Kinder- und Jugendarbeit), Anne Herz (Offene Kinder- und Jugendarbeit), Andrea Schweizer (Schulsozialarbeit) und Konstantin Hälgi (Jugendparlament). Im Rahmen der Interviews standen Wohlbefinden und Partizipationsmöglichkeiten junger Menschen, die Ausgestaltung der Angebotslandschaft sowie Zusammenarbeits- und Kooperationsformen im Kanton aus Sicht der Befragten im Fokus. Diese Interviewgespräche fanden im Mai 2021 statt, wurden persönlich und telefonisch bzw. über Zoom geführt und anschliessend schriftlich protokolliert. Für die Auswertung wurden die Protokolle zusammengeführt und qualitativ-inhaltsanalytisch (nach Mayring, 2015) ausgewertet (*→ Expertinnen- und Experten-Interviews*).

Während des gesamten Erhebungs- und Analyseprozesses wurde das Projektteam des IFSAR durch eine **Steuergruppe** begleitet. Diese setzte sich zusammen aus Irina Wedlich, Carina Zehnder und Isabelle Dubois als kantonale Vertreterinnen, Katja Pantaleo als kommunale Vertreterin sowie Johanna Brandstetter und Tobias Kindler als Projektteam des IFSAR. Die Steuergruppe traf sich im **Mai 2020** zur Entwicklung von rahmenden Grundsätzen für die Erarbeitung der Situationsanalyse (s. Kapitel 3), im **November 2020** zur Vorbereitung der quantitativen Kinder- und Jugendbefragung, im **März 2021** zur Ergebnisdiskussion der Befragung sowie zur Vorbereitung der qualitativen Interviews sowie im **Juni 2021** zur Diskussion der Gesamtergebnisse und Vorbereitung des vorliegenden Abschlussberichts (s. Kapitel 4).

3 Fachliche Grundlagen und Untersuchungsdimensionen

Im Rahmen des ersten Workshops mit der Steuergruppe wurde eine Orientierungshilfe für die weitere Auseinandersetzung mit der Kinder- und Jugendpolitik in Appenzell Ausserrhoden diskutiert und festgelegt. Folgende **Grundsätze, welche die Situationsanalyse rahmen** sollten, wurden entwickelt:

3.1 Schutz, Förderung und Partizipation

Die drei wesentlichen, miteinander interagierenden Dimensionen der Kinder- und Jugendpolitik sind Schutz, Förderung und Partizipation. **Partizipation/Beteiligung bzw. Teilhabe** stellt eine eigene Dimension der Kinder- und Jugendpolitik dar, gleichzeitig soll das Prinzip konsequent in den anderen Dimensionen Schutz und Förderung umgesetzt werden. Das zeigt die Denkhaltung, welche in der ganzen Politik von, für und mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen angestrebt werden soll: **das Integrieren und Verknüpfen der drei Prinzipien** (vgl. Abbildung 2). Die politischen und lebensweltlichen Entscheidungen in kinder- und jugendpolitischen Fragen werden dadurch nachvollziehbar, motivierend und nachhaltig gestaltet.

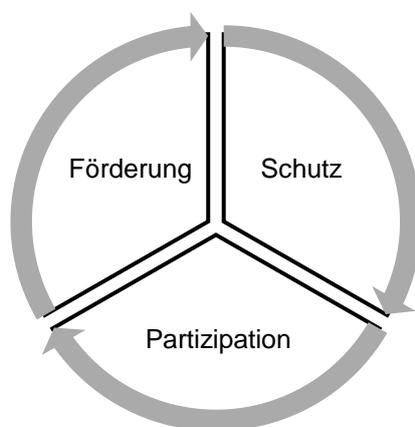


Abbildung 2. Dimensionen der Kinder- und Jugendpolitik

Kinder und Jugendliche sind eigenständige, aktiv handelnde Subjekte. Als solche sollen sie auch wahr- und ernstgenommen werden mit ihren Bedürfnissen und Interessen. Die UN-Kinderrechtskonvention liegt dieser Definition einer Kinder- und Jugendpolitik und ihren Dimensionen zugrunde und stärkt diese Sichtweise. Damit geht auch einher, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene nicht als Humanressource, welche in der Zukunft eine Art Ertrag einbringen müsste, angesehen werden. Sie sollen **heute und hier als Mitglieder der Gesellschaft anerkannt** sein, in ihrer Entwicklung gefördert und zur Selbst- und Mitverantwortung motiviert werden, es geht also um ihre individuellen wie auch sozialen Kompetenzen. Die **Ermöglichung von Chancengleichheit** ist dabei in Appenzell Ausserrhoden eine zentrale Haltung, welche auch durch das Amt für Soziales, Abteilung Chancengleichheit, stetig bearbeitet und weiterentwickelt wird.

3.2 Kinder- und Jugendpolitik gestalten: die Frage nach dem «wie»

Die Umsetzung einer Kinder- und Jugendpolitik berücksichtigt, dass junge Menschen keine homogene Gruppe darstellen. **Chancengleichheit ebenso wie die soziale Integration** sollen daher explizit in den Fragen des «wie» mitgedacht werden, damit alle Kinder, Jugendlichen und junge Erwachsene faire und wertschätzende Lebensbedingungen finden können.

Partizipation ist eines der Ziele im Regierungsprogramm des Kantons Appenzell Ausserrhoden 2020-2023 (Schwerpunkt Gesellschaft). Die Kinder- und Jugendpolitik kann an diese Ziele anschliessen, indem **Partizipation** sowohl als eigenständiger Anspruch umgesetzt (bspw. Partizipationsprojekte mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen), wie auch als Denkhaltung in den anderen Bereichen der Kinder- und Jugendpolitik mitgedacht wird (Massnahmen in den Bereichen Förderung und Schutz partizipativ denken).

Nachhaltigkeit als Leitlinie auch in einer Kinder- und Jugendpolitik entspricht einerseits aktuellen Jugendbewegungen (wie u. a. Fridays for Future) und dem gesamtgesellschaftlichen Trend zur Nachhaltigkeit. Dementsprechend liegt nahe, dass die Kinder- und Jugendpolitik sich dazu positioniert. Das **Konzept der Nachhaltigkeit** basiert ähnlich wie die Kinder- und Jugendpolitik auf einer integralen Sicht dreier zentraler Elemente: Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft, deren Zusammenspiel selbstverständlich auch bestimmend in der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen wirkt.

Grundsätzlich stehen jeder Kinder- und Jugendpolitik eine Vielfalt an Zielen und Instrumenten zur Verfügung. Diese für den Kanton Appenzell Ausserrhoden zu konkretisieren ist die Aufgabe der nächsten Jahre. Sie soll dabei im engeren Sinne **konkrete Massnahmen und Projekte** von, für und mit Kindern und Jugendlichen umfassen sowie im weiteren Sinn auch als **Querschnittsaufgabe unterschiedlicher Politik- und Gesellschaftsbereiche** angesehen und breit gedacht und weiterentwickelt werden.

3.3 Kinder- und Jugendpolitik inhaltlich entwickeln: die Frage nach dem «was»

Um die oben benannten Dimensionen und Querschnittsthemen der Kinder- und Jugendpolitik inhaltlich zu entwickeln und konkrete, auf Appenzell Ausserrhoden bezogene Handlungsbedarfe zu identifizieren, bedarf es einer soliden Datengrundlage. Genau dafür ist die vorliegende Situationsanalyse konzipiert. Entlang der oben definierten Grundlagen wurden folgende **Themenbereiche** ausgewählt, welche auch die folgenden Kapitel der Ergebnisdarstellung bzw. Ergebnisdiskussion strukturieren:

- Wohlbefinden und Schutz von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen (Ergebnisse s. Kapitel 4.1)
- Förderung und Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen (s. Kapitel 4.2)
- Chancengleichheit und Zukunftsperspektiven für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene (s. Kapitel 4.3)
- Qualitativ hochwertige Angebote für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene (s. Kapitel 4.4)

Da während der Erhebungsphase deutlich wurde, dass die **Covid-19-Pandemie** Konsequenzen auch für das Alltagsleben von Kindern und Jugendlichen haben würde und die Auswirkungen der Pandemie-Situation andauern, werden Erkenntnisse, die diesbezüglich aussagekräftig sind, in Kapitel 4.5 zusammengefasst.

4 Fokussierung der Ergebnisse

In den folgenden Unterkapiteln werden die **Ergebnisse der drei Erhebungsphasen** thematisch geordnet zusammengefasst und durch **fachliche Einschätzungen** der beteiligten Expertinnen und Experten (Steuergruppe sowie Autorinnen und Autoren des Berichts) ergänzt. Die ausführlichen Ergebnisdokumentationen können in den Zwischenberichten (*→ Kinder- und Jugendbefragung → Expertinnen- und Experten-Interviews*) bzw. im studentischen Praxisprojektbericht (*→ Praxisprojektbericht*) eingesehen werden. Aufbauend auf den Erkenntnissen des Kapitels 4 werden im fünften Kapitel **Empfehlungen** für die Entwicklung einer zeitgemässen Kinder- und Jugendpolitik in Appenzell Ausserrhoden formuliert.

4.1 Wohlbefinden und Schutz junger Menschen

In einer ersten thematischen Fokussierung werden die Ergebnisse zum **Wohlbefinden von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie Aussagen zum Kinderschutz** dargestellt. Dazu gehören neben allen formalen Unterstützungsangeboten und Kriseninterventionen auch alle Bemühungen, welche Gefährdungsmomente vermindern und Schutzfaktoren der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen stärken (BSV, 2021c).

Die Ergebnisse der quantitativen Befragung der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zeigen, dass es den Befragten in Appenzell Ausserrhoden **überwiegend gut zu gehen** scheint, sie sind mit sich, ihrer Lebenssituation sowie ihrem Aussehen zufrieden. Zwischen 90 und 96 % fühlen sich in ihrer Familie, ihrem Freundeskreis und ihrem Dorf bzw. ihrer Stadt wohl (vgl. Abbildung 3).

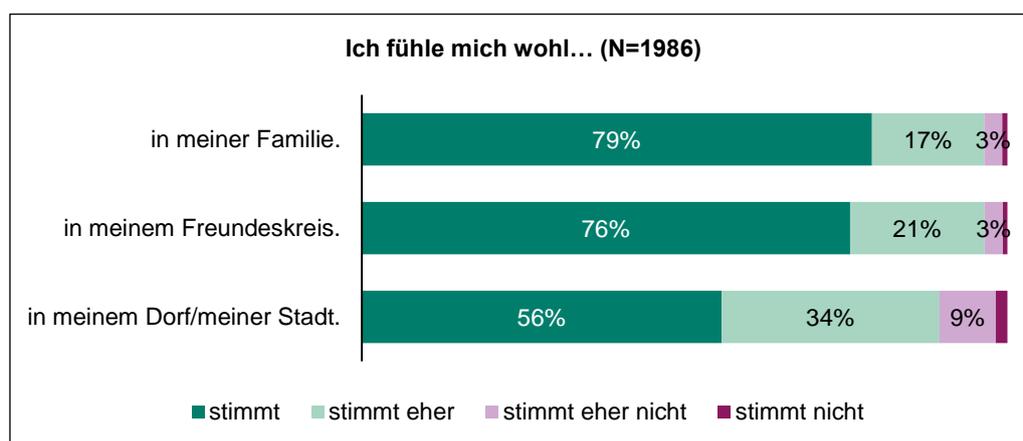


Abbildung 3

Die Ergebnisse der qualitativen Interviews zum Wohlbefinden von jungen Menschen korrespondieren betreffend Wohlbefinden mit den Aussagen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen selbst. Grundsätzlich meinen die befragten Expertinnen und Experten, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene vielfach **gute Bedingungen des Aufwachsens** vorfinden. Als einschränkend ergänzten sie – ebenfalls übereinstimmend mit den Sichtweisen der jungen Menschen selbst – das **Überwinden langer Distanzen im ländlichen Raum sowie das teilweise fehlende Wissen um Hilfs- oder Unterstützungsangebote**. Als insgesamt wichtige Themen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene konnten in beiden Befragungen wiederkehrend **Ausbildung und Arbeit, Sozialkontakte und Treffpunkte sowie Familienplanung und Kinderbetreuung** identifiziert werden (weitere Ausführungen dazu in Kapitel 4.3).

Angesichts der generell positiven Einschätzungen soll jedoch nicht übersehen werden, dass es auch **einem Anteil der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen nach eigener Einschätzung nicht gut geht**. So geben beispielsweise 12 % der Teilnehmenden in der quantitativen Befragung an, wenig oder gar nicht mit ihrem Körper bzw. Aussehen zufrieden zu sein. Die Befragung stellt in diesem Punkt eine Momentaufnahme dar, die Einschätzung kann durch die aktuelle Lebensphase bedingt sein und zu einem anderen Zeitpunkt anders ausfallen.

Die Erfahrungen der befragten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, weshalb sie sich **schlecht behandelt gefühlt oder Diskriminierung** erlebt haben, sind verschiedenen Faktoren oder

Auslösern geschuldet (vgl. Abbildung 4). Die Antworten der Befragten auf die korrespondierende offene Frage ergänzen diesbezüglich, dass oftmals individuelle Persönlichkeitsmerkmale oder äusserlich sichtbare Merkmale Auslöser für Diskriminierungserfahrungen sind.

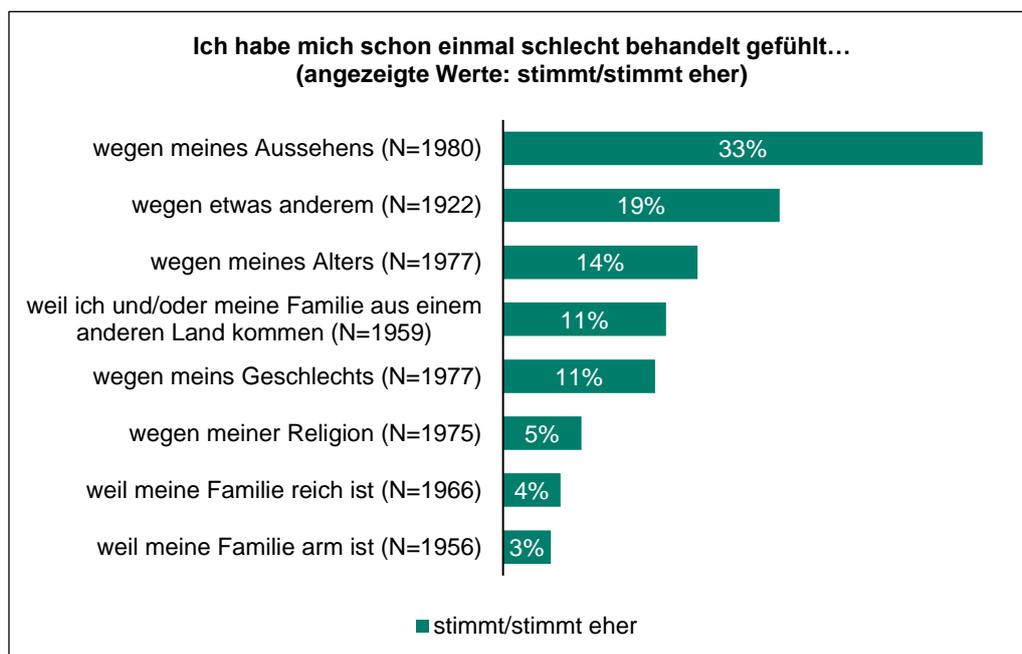


Abbildung 4

Wird der Fokus auf die Einrichtungen und Angebote gelegt, welche Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen sowie ihren Familien zur Verfügung stehen, um herausfordernde Situationen zu bewältigen und Gefährdungsmomente zu vermindern, sagen 55 % der befragten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, sie kennen entsprechende **Unterstützungsangebote in ihrer Nähe**. Über ein offenes Antwortfeld spezifizieren einige Befragte in ihrer Nähe fehlende Beratungsangebote, darunter: Beratung in finanziellen Fragen, zu Themen der Aufklärung, Familienplanung und Schwangerschaft, Familienbegleitung, Berufseinstieg und Karriereplanung, Sport bzw. Leistungssport und Fahrprüfung. Im Zusammenhang mit **fehlenden Beratungsangeboten** in der Schule nennen die Befragten Schulpsychologie und Schulsozialarbeit und erwähnen ausserdem, dass Themen wie Talentförderung oder sexuelle Orientierung in der Schule stärker bearbeitet werden könnten («Ich finde man sollte das Thema lgbtq+ in der Schule ein bisschen mehr thematisieren. Ich kenne einige, die deswegen gemobbt werden und das ist schrecklich»)². Zudem suchen einige Befragte unabhängige Ansprech- oder Vertrauenspersonen, welche im Rahmen des Ausbildungssystems zur Verfügung stehen («von Lehrbetrieb und Berufsschule unabhängige Begleitung von Jugendlichen während der Lehre»). Auch medizinische und therapeutische Hilfen wären teilweise nicht in der Nähe der Befragten erreichbar.

Wichtige Hinweise stellen auch die Ergänzungen der jungen Menschen dar, welche die **Qualität der Unterstützungsangebote** fokussieren. Dazu zählen die Hinweise darauf, dass es bezahlbare Angebote brauche («Ich persönlich hätte auch schon gerne auf psychologische Beratungen zurückgegriffen, diese sind für mich als Studentin aber nicht zahlbar»). Weiter fordern die Befragten in Bezug auf bestehende Angebote kompetente Fachpersonen («Es gibt genügend jedoch werden Jugendliche nicht ernst genommen»). Ebenfalls wurde die Anpassung von Öffnungszeiten angeregt.

Auch die befragten Expertinnen und Experten identifizieren in der bestehenden **Hilfe- und Unterstützungslandschaft bezüglich Kinderschutz einige Bedarfe** in Appenzell Ausserrhoden. Diese beziehen sich auf ein lückenloses Netz in der Kinder- und Jugendhilfe und Professionalisierungsprozesse,

² In Klammern und zwischen Anführungszeichen sind ausgewählte Originalzitate aus der Befragung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Bericht eingearbeitet. Die Schreibweise wurde nicht angepasst bzw. korrigiert.

sodass die Fachpersonen ihrem Auftrag nachkommen und andererseits auf ergänzende Angebote zurückgreifen können, wo ihr eigener Auftrag endet. In diesem Zusammenhang wird seitens der Vertretung der KESB festgestellt, dass einzelne andere Fachstellen – aufgrund fehlender (Zeit-)Ressourcen und/oder mangelndem Wissen um den Kernauftrag der KESB – in deren eigenem Zuständigkeitsbereich liegende Aufgaben und Verantwortungen an die KESB abschieben. Zu diesem Zweck sei es wichtig, die derzeitige **Vernetzung der KESB zu verbessern**. Diese Wahrnehmung bestätigen auch andere interviewte Fachpersonen. Massnahmen seitens der KESB um die Bekanntmachung des Auftrags, der Zuständigkeiten, möglicher Synergien und Ergänzungen zu fördern, seien im Rahmen der Vernetzungsarbeit der KESB bereits definiert.

Ein weiterer Entwicklungsbedarf, den die Expertinnen und Experten ausmachen, zeigt sich in **Finanzierungsfragen**. Es sollten allgemein alle Unterstützungsleistungen passgenauer an die Bedürfnisse der Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien angepasst werden können. Heute könne dies mit entsprechendem Aufwand seitens der involvierten Fachpersonen gewährleistet werden, eine grundsätzliche finanzielle Flexibilität in der Angebotslandschaft sei nicht vorhanden.

Ergebnisdiskussion zum Wohlbefinden und Schutz junger Menschen

Positiv hervorzuheben ist, dass die Befragung der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufzeigt, dass es **den meisten sehr gut geht**. Dieses Ergebnis ist zunächst eine neuartige, durch empirische Daten abgestützte Aussage. Da eine solche breit abgestützte Befragung in Appenzell Ausserrhoden bisher nicht durchgeführt wurde, gibt es keine kantonalen Vergleichswerte. Zieht man die kürzlich veröffentlichte Studie «Kinderrechte aus Kinder- und Jugendsicht» (Brüscheiler et al., 2021) bei, so deckt sich das Ergebnis in Appenzell Ausserrhoden über weite Strecken mit den Erkenntnissen der schweizweiten Erhebung bei Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen 9 und 17 Jahren, die zu den Lebensbereichen Familie, Schule und Freizeit befragt wurden.

Auf Basis der vorliegenden Ergebnisse kann zunächst interpretiert werden, weshalb die Befragten eine positive Einschätzung gegeben haben und wo sie Handlungsbedarf sehen, um die Situation zu verbessern. Es ist auf dieser Basis keineswegs von einer Art ländlichen «Idylle» auszugehen, die sich besonders positiv auf das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen auswirken würde. «Die Jugend» wie auch «das Land» gibt es so nicht (Mey, 2020, S. 21), darauf weisen auch die vorliegenden Ergebnisse deutlich hin. **Nicht nur sind die Aussagen der befragten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen breit verteilt, sondern auch die Grösse und Strukturen der Gemeinden bzw. von Träger-schaften im Bereich des Kinderschutzes höchst unterschiedlich**. Einerseits gilt es also, die Ergebnisse jeweils mit ihren Bezugspunkten in Verbindung zu bringen und zu interpretieren. Andererseits kann die erste Beurteilung von bestimmten kinder- und jugendpolitischen Parametern als Anlass genommen werden, um auf dieser Basis eine Beobachtungssystematik zu entwickeln, sodass relevante Daten in regelmässigen Abständen gesammelt und zur Überprüfung der Zielerreichung in der Kinder- und Jugendpolitik beigezogen werden können.

Diskriminierungserlebnisse und andere Erfahrungen, die das Wohlbefinden stören oder einschränken, werden kaum zuverlässig verhindert werden können. Wirksam ist eher, solchen auf zwei Ebenen zu begegnen: In einer **akuten Situation** wie bspw. Mobbing sollten Hilfe- und Unterstützungsmassnahmen erreichbar sein, gleichzeitig kann durch **präventive Arbeit** in unterschiedlichen Altersstufen und Lebensbereichen (durch Schule, im Freizeitbereich sowie in der Familie) Sensibilisierung geschaffen und der Umgang mit dem «anders sein» bearbeitet werden. In einer nicht zufriedenstellenden Lebenslage ist wesentlich, dass die betroffenen Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen Vertrauenspersonen finden und wo nötig, **qualitativ hochstehende Hilfe und Unterstützung** erhalten, um die Situation bewältigen zu können. Die Erreichbarkeit solcher Angebote auch für junge Menschen in kleineren Gemeinden zu gewährleisten und die Informationsarbeit zu bestehenden Angeboten auszubauen, stellt Ansatzpunkte dar für konkrete Massnahmen einer kantonalen Kinder- und Jugendpolitik. Weitere Ausführungen zur Angebotslandschaft finden sich in Kapitel 4.4.

Ist das **Kindeswohl** gefährdet oder verletzt, gibt es konkrete, gesetzlich geregelte Verfahren und zuständige Behörden. Diese können allerdings, wie auch die Aussagen der Expertinnen und Experten aufzeigen, nicht ohne ihr **Netzwerk und weitere präventive und ergänzende Angebote** wie bspw.

Schulsozialarbeit funktionieren. Die KESB muss sich in einem grösseren Gefüge der Kinder- und Jugendhilfe (zurecht) finden und gefunden werden, damit die Zusammenarbeit für jeden einzelnen Fall sinnvoll gestaltet werden kann und nicht zur Überlastung einzelner Akteurinnen und Akteure führt. Während das Bemühen um eine Verbesserung dieser **professionellen Zusammenarbeit** im Bereich des Kinderschutzes sich abzeichnet, kann weiterführend im Rahmen der kantonalen Kinder- und Jugendpolitik bearbeitet werden, wie die bisherigen Entwicklungen gefördert und unterstützt werden können, damit allen Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und ihren Familien rechtzeitig qualitativ hochwertige Angebote zur Verfügung stehen. Weitere Hinweise zur Kinder- und Jugendhilfe und professionellen Netzwerken finden sich in Kapitel 4.4.

4.2 Förderung und Partizipation junger Menschen

Die zweite thematische Fokussierung fasst Ergebnisse zur **Förderung und Partizipation** von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Appenzell Ausserrhoden zusammen. Die Kinder- und Jugendförderung zielt ab auf das schrittweise Einüben von Selbstständigkeit, Autonomie und sozialer Verantwortung. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene brauchen dafür Freiräume und Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer emotionalen und intellektuellen Fähigkeiten (BSV, 2021d). Dies kann nur gelingen, wenn Bildung, Erziehung und Betreuung in den Lebensbereichen Familie, Schule und Freizeit verbunden und gemeinsam gestaltet werden können. Als eigenständige Subjekte haben junge Menschen in allen Bereichen Partizipationsrechte und damit Anspruch auf individuelle und kollektive Mitsprache und Mitbestimmung (BSV, 2021e).

Die Aussagen der befragten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zum Themenbereich der Freizeit bezogen sich zunächst auf **konkrete Freizeitangebote**. Dabei zeigt sich, dass eine Mehrheit der Befragten vorhandene Angebote kennen, diese nutzen und auch schätzen (vgl. Abbildung 5). Ebenso zeigt sich, dass die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Vielzahl von Ideen haben, die ihre Anliegen an eine Freizeitgestaltung illustrieren: bunt, abwechslungsreich und vielseitig.

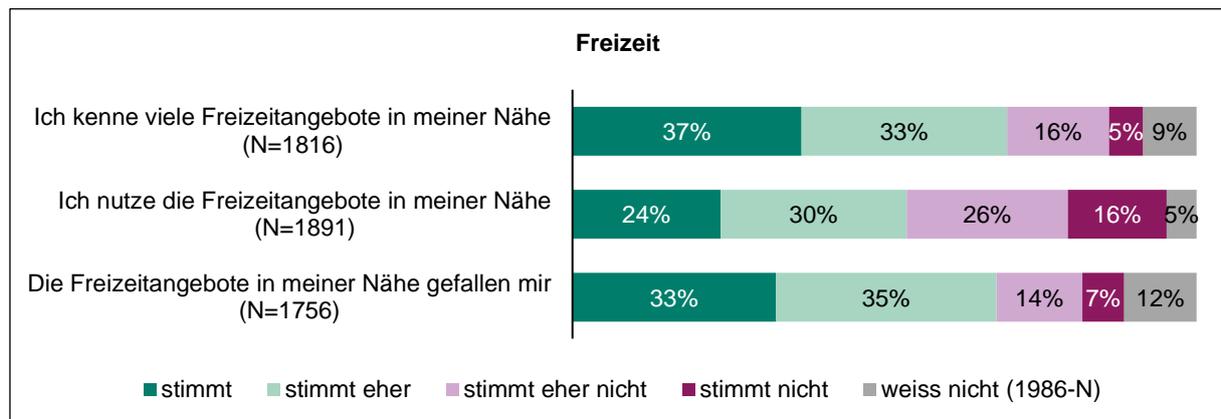


Abbildung 5

Für die Freizeitaktivitäten sind **geeignete Orte** notwendig, die Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gut erreichen können, an denen sie sich möglichst sicher fühlen und die sich idealerweise möglichst nach ihren Anliegen und Interessen (mit-)gestalten lassen. Einerseits scheint die Mehrheit der befragten jungen Menschen Orte zu finden, an denen sie einander treffen, spielen und ihre Zeit verbringen können. Mit 19 % verneint auch ein Anteil der Befragten, solche Orte zu kennen. 39 % der Befragten geben ausserdem an, dass Erwachsenen ihnen sagen, dass sie an diesen Orten stören würden, sodass nicht davon auszugehen ist, dass die von den Kindern, Jugendlichen oder jungen Erwachsenen gewählten Orte störungsfrei oder konfliktfrei genutzt werden können. Drittens geben 46 % der Antwortenden an, dass in ihrer Nähe Orte sind, an denen sie sich nicht gerne aufhalten und die somit vermieden werden.

Die allgemeinen **Herausforderungen und Schwierigkeiten im Feld der Kinder- und Jugendförderung** sehen die befragten Gemeindevertretenden in unterschiedlichen Bereichen. Dazu gehört die zeitliche Herausforderung, d.h. eine Förderung anzubieten, welche sich mit den schulischen Präsenzzeiten

vereinbaren lässt. Weiter wird die schwierige Erreichbarkeit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen genannt sowie die Herausforderung, diese für ein entsprechendes Angebot zu motivieren. In eher ländlich geprägten Gemeinden wird der fehlende Bedarf erwähnt bzw. die tiefe Anzahl junger Menschen. Zudem finden fehlende finanzielle Mittel bzw. der Spardruck sowie der Mangel an Fachkräften als weitere Herausforderungen Erwähnung.

Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang auch die Hinweise der befragten Gemeindevertreterinnen, dass Präventionsarbeit vorrangig in der Schule erfolgt und Uneinigkeit darüber besteht, ob Angebote oder Leistungen im Sinn der Präventionsarbeit auch von anderen Akteurinnen und Akteuren erbracht werden sollen. Einig sind sich die Befragten jedoch darin, dass **weiterer Bedarf im Bereich der Präventionsarbeit** besteht und die Informationsarbeit darüber auch verbessert werden soll.

Potenzial zeigt sich auch im Bereich der **Bekanntmachung der Kinderrechte**: 17 % der befragten jungen Menschen haben noch nie etwas von den Kinderrechten gehört. Die Einschätzungen der Expertinnen und Experten zeigen diesbezüglich auf, dass sie selbst die Kinderrechte regelmässig als Arbeitsgrundlage und Prinzip beiziehen. Andererseits beschreiben die Fachpersonen aus den Bereichen der Integration und der Schulsozialarbeit, dass die Kinderrechte weniger Thema in ihren konkreten Arbeitszusammenhängen seien. Diese würden eher durch die Schule abgedeckt.

Zum Thema der **Partizipation zeigt sich eine heterogene Wahrnehmung** der befragten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Während die Mehrheit der Befragten gut über Neuigkeiten, Entwicklungen und Veränderungen in ihrem Wohnort informiert ist und auch Interesse daran bekundet, stellt sich die Einschätzung der Befragten zu den Gelegenheiten, einen aktiven Beitrag leisten und konkret etwas in ihrem Wohnort verändern zu können anders dar: mehr als drei Viertel der Teilnehmenden äussern die Meinung, dass sie nicht selbstständig etwas verändern könnten (vgl. Abbildung 6).

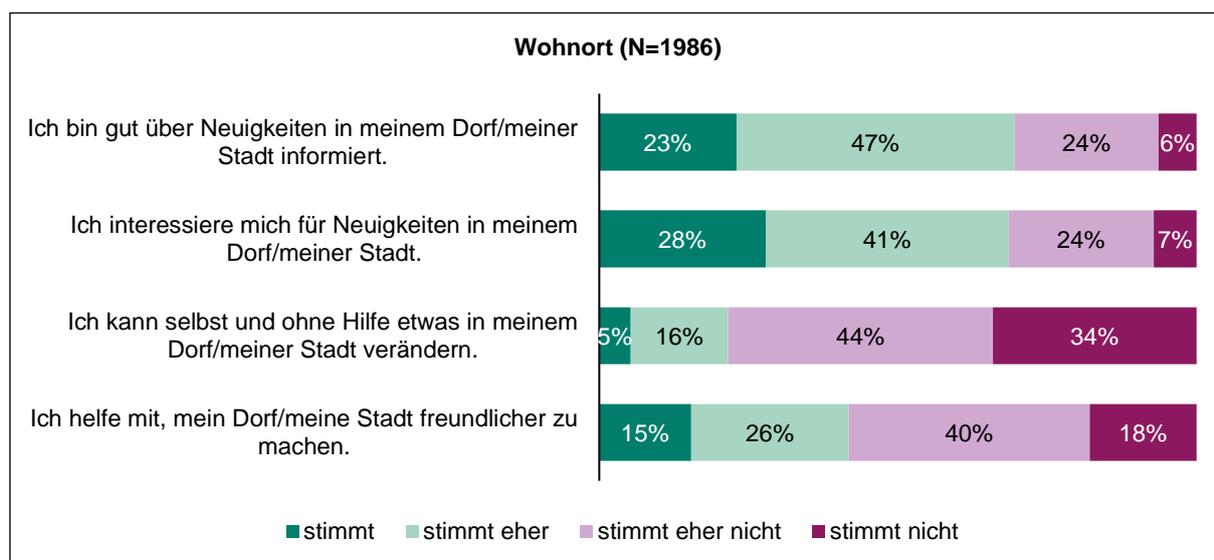


Abbildung 6

Bezüglich der Gestaltung, **welche Abmachungen, Regeln und Vereinbarungen für alle Kinder und Jugendlichen im Dorf/in der Stadt gelten**, geben 51 % der Befragten an, dass hierzu allein die Erwachsenen entscheiden. Dabei zeigt sich kein Unterschied zwischen Gemeinden mit dem Unicef Label «Kinderfreundliche Gemeinde» (Teufen) oder aktiven Jugendkommissionen (Bühler, Gais, Heiden, Oberegg-Reute, Rehetobel) und anderen Gemeinden. Ein deutliches Signal in Richtung Stärkung der Mitbestimmungsrechte und -gelegenheiten ergibt sich aus den Antworten der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen: Abbildung 7 stellt dar, dass jeweils die Hälfte oder mehr der Befragten klar deklarieren, dass sie in ihrer Gemeinde, Familie und im Freundeskreis **mehr mitbestimmen möchten**.

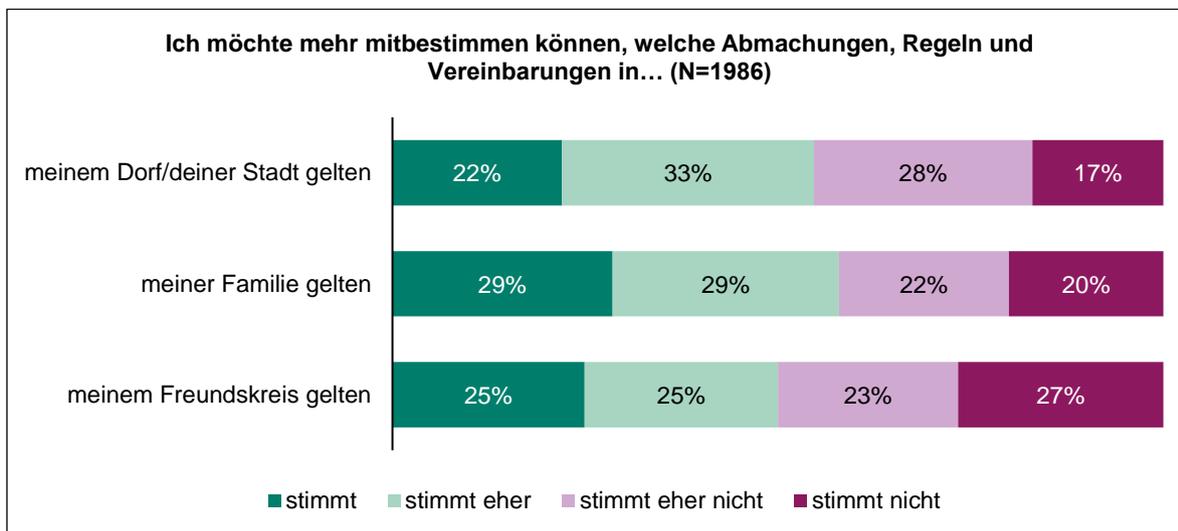


Abbildung 7

Bezogen auf die **politische Partizipation** zeigt sich, dass eine Mehrheit der Befragten einer Senkung des Stimmrechtsalters auf unter 18 Jahren nicht zustimmt. Im Antwortverhalten lassen sich diesbezüglich keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern identifizieren. Mit Blick auf das Alter zeigt sich hingegen ein signifikanter Unterschied. Während die 9- bis 17-Jährigen zu 47 % einer Senkung des Stimmrechtsalters zustimmen, stimmen nur 28 % der 18- bis 24-jährigen Befragten diesem Vorschlag zu. Diese Aussagen sind jedoch **nicht als Absage an politische Beteiligung im Jugendalter zu interpretieren**, davon zeugen diverse Anregungen und Hinweise in verschiedenen anderen Frageblöcken, die bestätigen, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene Engagement und Interesse zeigen, auch am politischen Geschehen teilzuhaben (bspw. die Anmerkung, dass Angebote von Jungparteien, die Partizipation in der politischen Gemeinde fördern könnten, fehlen würden).

Die Partizipation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen wird von den einzelnen Gemeinden unterschiedlich stark gefördert, wie die Aussagen der befragten Gemeindevertretenden belegen. Mehrheitlich wird diese gefördert, wo hingegen in 8 Gemeinden nach Aussagen der Befragten eine geringe bzw. keine Möglichkeit der Partizipation besteht.

Auch die interviewten Fachpersonen schätzen die Möglichkeiten zur Partizipation für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene divers ein. Alle Befragten benennen **unterschiedliche Ansätze, wie Partizipation in ihrem professionellen Handeln implizit oder explizit umgesetzt wird**. Dazu zählen Gelegenheiten in Gemeinden, der Arbeit von Fachstellen (bspw. ein Wettbewerb unter Oberstufenschülerinnen und Oberstufenschüler bei der Erarbeitung von Informationsmaterial im Bereich Gesundheit und Prävention) und im Bereich des Kinderschutzes, wenn es um die Mitsprache von Kindern oder Jugendlichen bei Unterbringungsfragen geht. Als untergeordnet bezeichnen mehrere Fachpersonen die Partizipationsrechte von jüngeren Kindern oder in Situationen, in denen es um Entscheide geht, die den unmittelbaren Schutz des Kindeswohls betreffen. Es müssten unter Umständen rasche Entscheidungen getroffen werden, welche längere Beteiligungsprozesse nicht ermöglichen würden.

Grenzen der Partizipation, so betonen die Expertinnen und Experten, müssten erkannt und das weitere Vorgehen entsprechend bestimmt werden. Einerseits müsse zwischen Alibi- oder Schein-Partizipation und echter Partizipation unterschieden werden. Andererseits könnte es auch sinnvoll sein, Partizipationsstufen zu definieren und zu unterscheiden. Beispielsweise sei zwischen Anhörung und Mitbestimmung oder Mitentscheid zu differenzieren. Weniger intensive und folgenschwere Partizipationsgelegenheiten wie die Anhörung seien dabei eher akzeptiert und würden öfter umgesetzt, so der aktuelle Trend. Kinder und Jugendliche sollten in jedem Fall altersgerecht einbezogen werden, da dies sonst zu Überforderung führen könnte.

Auf Ebene der kantonalen Politik und Verwaltung wird von den Expertinnen und Experten festgestellt, dass **fast alle Themen auf der politischen Agenda Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene unmittelbar betreffen**. Alle Departemente des Kantons sollten daher überlegen, wie sie Jugendliche systematisch und in angemessenen und altersgerechten Formen in Entscheidungs- und Gestaltungs-

prozesse einbeziehen können. Weiter wird betont, dass die Stärkung der Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen **direkt in ihrer unmittelbaren Lebenswelt**, in den politischen Gemeinden beginnen sollte. Hier sollten weitere Bemühungen unternommen werden, um Jugendbeauftragte einzusetzen, Gruppen oder Kommissionen, die sich mit Jugendthemen befassen, zu gründen oder auch die jungen Menschen direkt nach ihrer Meinung und ihren Bedürfnissen zu befragen. Mit Blick auf das **Bildungssystem** schlagen die befragten Fachpersonen vor, die politische Bildung und das Wissen über politische Beteiligungsprozesse stärker im Lehrplan zu verankern und so über die schulische Ausbildung zu fördern. Lehrpersonen hätten dabei eine Schlüsselfunktion inne.

Ergebnisdiskussion zur Förderung und Partizipation junger Menschen

Die **mehrheitlich positiven Aussagen zur Freizeitgestaltung** der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen selbst decken sich mit den Gesamtaussagen zum Wohlbefinden (s. Kapitel 4.1). Die Antworten der Befragten jungen Menschen weisen auch auf ein zentrales Thema der Alltagsgestaltung im ländlichen Raum hin: teilweise müssen junge Menschen mehr oder weniger **weite Distanzen überwinden**, um bestimmte Freizeitangebote zu erreichen. Sie stellen damit die Frage nach dem Bleiben oder Gehen – zunächst, wenn es um die eigene Freizeit geht, später im Rahmen der Berufswahl, des eigenen Wohnorts usw. Mey (2021) weist darauf hin, dass diese Frage beantwortet wird mit den **«Gelegenheiten im Hier und Jetzt»** (S. 28–29). Die Entscheidungen zu gehen oder zu bleiben, werden also immer wieder getroffen, sie resultieren aus dem Erleben interessanter Angebote und Möglichkeiten, andere zu treffen, miteinander aktiv zu sein und auch der Verfügbarkeit einer Internetverbindung, die es ermöglicht, soziale Medien zu nutzen und damit über die lokale Struktur hinaus virtuell Anschluss zu finden (ebd.). Die **Anerkennung dieser Lebensrealitäten und Umgangsformen junger Menschen** sollte daher in politische Prozesse einfließen, die demographische Entwicklungen in ländlichen Kantonen wie Appenzell Ausserrhoden (Abwanderung junger Menschen, Überalterung in den Gemeinden) thematisiert und gesteuert werden. Die Kinder- und Jugendpolitik kann hier eine zuverlässige Partnerin darstellen und darauf abzielen, die Sichtweisen junger Menschen auch partizipativ einzubringen und damit entsprechende politische Prozesse auf der Basis realistischer Annahmen zu gestalten.

Des Weiteren wurden in den Ergebnissen zur Kinder- und Jugendförderung auch Handlungsbedarfe definiert, die in den **Zuständigkeitsbereich der Gemeinden** fallen. Dazu gehören das Bekanntmachen bestehender Freizeitangebote, die Optimierung von deren Erreichbarkeit und auch die möglichst partizipative Entwicklung neuer und zielgruppenorientierter Angebote. Es geht dabei nicht darum, möglichst jedes Angebot in jeder Gemeinde einzurichten, sondern auf unterschiedliche Art und Weise das Wohlbefinden und die Zufriedenheiten der jungen Bewohnerinnen und Bewohner zu steigern. Die **Definition von Aufgaben- und Rollenverteilung zwischen Gemeinden und Kanton** stellt eine Grundvoraussetzung dafür dar, dass Zusammenarbeit, gezielte Förderung und eine auf die lokalen Verhältnisse angepasste Verbesserung der Bedingungen für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen erreicht werden können.

Ähnlich verhält es sich mit Orten, an denen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sich gerne aufhalten, einander treffen, Zeit verbringen. Einerseits zeigen die Ergebnisse auf, dass junge Menschen ihren eigenen Wirkungsgrad in der Wohngemeinde als relativ gering einschätzen – während in den offenen Textantworten ein hohes Bewusstsein dafür sichtbar wird, wie freundliches Verhalten, die Verschönerung des Umfeldes und soziales Engagement einen Beitrag zu einer solidarischen und zukunftsfähigen Gemeinschaft leisten. Diese Ausgangslage und die Aussagen, dass knapp ein Fünftel der Befragten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen keine für sie passenden Orte finden bzw. weitere 46% bestimmte Orte meiden, weist darüber hinaus auf einen Bedarf hin, **junge Menschen in Fragen der Ortsgestaltung sowie Bau und Planung stärker mit einzubeziehen**. Auch hier kann ein Zusammenspiel von kantonaler (Koordination, Unterstützung in Fachfragen, methodische Unterstützung) und kommunaler Ebene (Umsetzung) zu einer Verbesserung der Lebensqualität und Partizipationschancen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen beitragen – wodurch wiederum die Frage nach dem Gehen oder Bleiben bearbeitbar wird.

Ähnlich wie Förderung und im vorangegangenen Kapitel Kinderschutz, wurde auch Partizipation als Recht jedes Kindes und Jugendlichen als Dimension einer umfassenden Kinder- und Jugendpolitik spezifischer untersucht. Es bestehen vielfältige Mittel und Wege, **Partizipationsgelegenheiten für junge Menschen aktiv zu fördern**. Solche Gelegenheiten können auf den unterschiedlichen Ebenen von

Strukturen, die Erwachsenen herstellen, begünstigt und weiterentwickelt werden. Entscheidend dabei ist, dass Teilhabemöglichkeiten sowie die Teilhabestärkung aktiv gefördert werden, sodass Menschen rechtzeitig und altersgemäss informiert werden und so überhaupt die Möglichkeiten zur Teilhabe erhalten – *und* in unterschiedlichen Formaten des Austausches, Dialogs, der Beratung ihre aktive Einmischung gefördert wird (Lüttringhaus, 2000, S. 39-41). Dabei liegt die Verantwortung für das Schaffen von Rahmenbedingungen für genau diese Prozesse bei den Erwachsenen. Diese kann nicht an junge Menschen abgegeben werden (Bartscher, 1998, S. 33). In Belangen der Partizipation könnte also ein starker Beitrag zur Umsetzung der Kinderrechte geleistet werden, indem **die Mitbestimmung der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf unterschiedlichen Ebenen, mit unterschiedlichen Methoden gestärkt** wird, sodass Erfolge auch in der eigenen Wahrnehmung der jungen Menschen greifbar werden.

In Bezug auf die **formalpolitische Partizipation** wird deutlich, dass eine Mehrheit der befragten jungen Menschen keine Herabsetzung des Stimmrechtsalters wünscht. Eine ähnliche Tendenz beschreiben auch Rieker et al. in deren Studie (2016, S. 192), die erlebte Partizipation geht mit zunehmendem Alter – bei zunehmender Selbstständigkeit und stärkerer Entscheidungskompetenz – zurück. Begründungen können in der Dominanz der Erwachsenen liegen, die zunächst Lernfelder eröffnen, später aber von älteren Jugendlichen als entmündigend erlebt werden kann (ebd.). Ebenso können erste enttäuschende Erfahrungen für junge Menschen prägend werden und sie Partizipationsangebote später weniger in Anspruch nehmen lassen. Deutlich wird über alle Lebensbereiche hinweg und auch in vielen schriftlichen Antworten auf offene Fragen, dass sich Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene eine **stärkere Beteiligung am gesellschaftlichen Diskurs wünschen**. Dies kann neben Abstimmungen und Wahlen auch über weniger formelle Möglichkeiten wie z. B. politische Bildung oder die Aktivität von Jungparteien erfolgen. Es ist davon auszugehen, dass frühe, positiv erlebte Partizipationserfahrungen bei jungen Menschen auch eher zum Wunsch führen, sich formalpolitisch zu beteiligen.

Die unterschiedlichen Aspekte, die zum Thema der Partizipation von Kindern und Jugendlichen seitens der befragten Fachpersonen zusammengetragen wurden, lassen auf **unterschiedliche Verständnisse, Erfahrungen und Erwartungen an partizipative Prozesse**, insbesondere solche mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, schliessen. Dies ist auch angesichts eines schweizweiten Trends hin zur Partizipation nicht verwunderlich (Rieker et al., 2016, S. 3-4). Vor diesem Hintergrund scheint **eine Verständigung und Einigung auf begriffliche Grundlagen, differenzierte Partizipationsstufen und passende Ziele und Methoden der Kinder- und Jugendpartizipation** eine sinnvolle Herangehensweise zu sein. Die Entwicklung dieser Elemente kann bereits partizipativ erfolgen und sowohl Fachpersonen als auch Kinder und Jugendliche selbst beteiligen. So kann die Partizipation bereits längerfristig gefördert werden, es kann experimentiert und entwickelt werden – wodurch eine Partizipationskultur «bottom up» entstehen kann.

4.3 Chancengleichheit und Zukunftsperspektiven junger Menschen

Der dritte Themenschwerpunkt umfasst die **Chancengleichheit und Zukunftsperspektiven** für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Appenzell Ausserrhoden. Es wird dabei von den Einschätzungen und Wahrnehmungen der jungen Menschen selbst ausgegangen, diese Erkenntnisse werden durch die Aussagen der befragten erwachsenen Fachpersonen ergänzt.

Abbildung 8 stellt die **Befragungsthemen** nach Relevanz auf Basis der Antworten der jungen Menschen dar. Es zeigt sich eine starke **Priorität für den zukünftigen Beruf und die Ausbildungswege**, die schliesslich zu einem solchen Beruf führen können. Zeit mit Freundinnen und Freunden und der Familie zu verbringen sind ebenfalls stark gewichtet und auch Themen des Umweltschutzes sowie der Umweltpolitik wurden überwiegend als wichtig benannt.

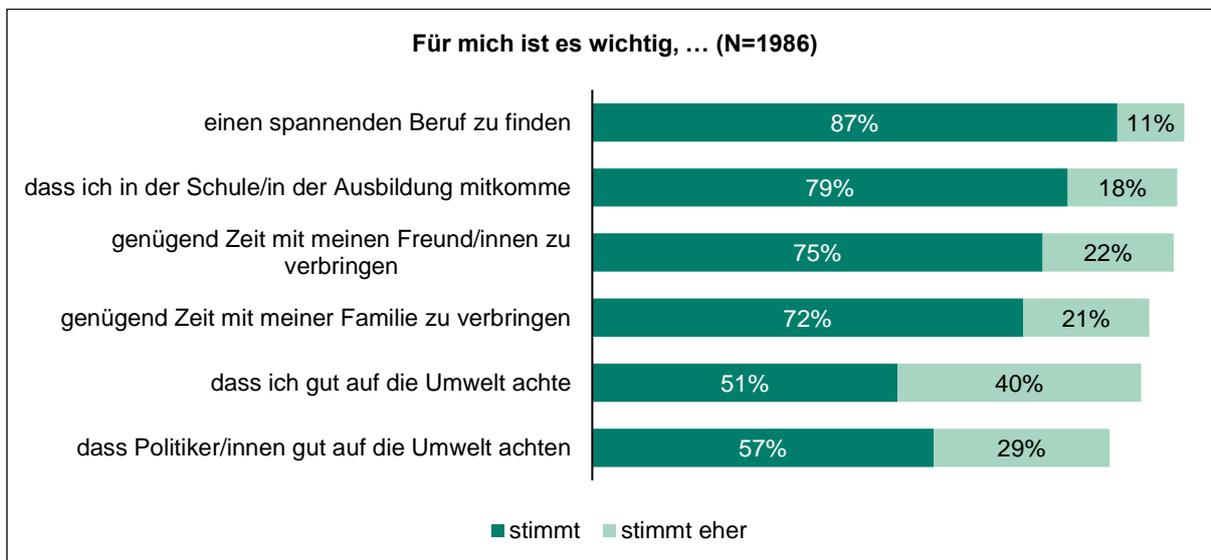


Abbildung 8

Im Weiteren wird die Frage nach der Chancengleichheit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene fokussiert. Mit Blick auf **Inklusionsmöglichkeiten und Chancengleichheit** im Kanton stellen die interviewten Fachpersonen den Angeboten in Appenzell Ausserrhoden insgesamt ein gutes Zeugnis aus. Explizit benannt werden Angebote für die Inklusion von Kindern mit einer Behinderung. Die befragten Expertinnen und Experten identifizieren darüber hinaus gewisse **Faktoren, welche die Inklusionschancen junger Menschen in Appenzell Ausserrhoden wesentlich beeinflussen**. So werden beispielsweise die Eltern als entscheidende motivierende und unterstützende Instanz genannt, wenn es um gesellschaftliches Engagement und politische Beteiligung geht. Kindern, Jugendlichen und junge Erwachsene ohne starkes familiäres Netz fehle es oftmals an notwendigen Ressourcen, um sich wirksam an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. So komme es in Appenzell Ausserrhoden zu einer systematischen Nichtberücksichtigung gewisser Gruppen. Hier setzen die Fachpersonen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit an, indem sie die **Interessen und Bedürfnisse dieser Gruppen auf politischer Ebene vertreten** und/oder diese dazu befähigen, sich künftig selbständig für ihre Belange einzusetzen.

Weitere Rückmeldungen beziehen sich auf sehr konkrete Angebote: Zunächst wird angemerkt, dass die Nachfrage nach **Kinderbetreuungsplätzen** (auch während der Ferien) in Appenzell Ausserrhoden stetig steige. Gleichzeitig, so eine Aussage der befragten Fachpersonen, finanziere der Kanton bislang die externe Kinderbetreuung nicht, wodurch das erklärte Ziel der Regierung, die Attraktivität für junge Familien zu steigern, wenig Schub erfahre.

Obschon die Inklusionsmöglichkeiten und Chancengleichheit in Appenzell Ausserrhoden insgesamt als gut beschrieben werden, betonen einige der befragten Fachpersonen **entscheidende Unterschiede zwischen den Gemeinden** im Kanton. So seien beispielsweise Beratungsangebote für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene nicht an allen Wohnorten vorhanden, sodass diese nicht überall von einem niederschweligen Zugang zu Unterstützung in den oben benannten Herausforderungen profitieren.

Ein ebenfalls prominent genannter Faktor bezüglich Inklusion und Chancengleichheit ist die **Herkunft** von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Expertinnen und Experten verweisen diesbezüglich einerseits auf **Diskriminierungserfahrungen** von jungen Menschen, die in einem anderen Land geboren wurden und von den bereits länger in Appenzell Ausserrhoden wohnhaften Menschen ausgegrenzt werden. Andererseits ist damit oftmals auch eine **Sprachbarriere** verbunden, da die zugezogenen jungen Menschen insbesondere aus nicht deutschsprachigen Ländern die Schweizer Landes- und Umgangssprachen noch nicht vollständig beherrschen. Bei der **Aneignung der Sprache stossen sie insbesondere auf finanzielle Hürden**. Verschiedentlich beobachten die befragten Fachpersonen, dass eine angespannte finanzielle Situation mit einer Migrationsgeschichte der Familie in einem Zusammenhang steht. Diese Einschätzung der Expertinnen und Experten kann mittels der im Rahmen der Kinder- und Jugendbefragung erhobenen Daten nicht bestätigt werden: So sehen sich beispielsweise junge Menschen ohne Schweizer Pass nicht signifikant häufiger unterschiedlichen Diskriminierungsformen ausgesetzt als Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Schweizer Nationalität.

Der Gruppe von jungen Menschen mit Migrationshintergrund sollte gemäss den befragten Expertinnen und Experten dennoch besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Sie merken mehrfach an, dass diese jungen Menschen überdurchschnittlich oft aus belasteten familiären Verhältnissen kommen und oftmals Schwierigkeiten in der Schule oder in der Lehre haben, u. a. auch wegen mangelnder Deutschkenntnisse. Die Fachpersonen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ergänzen, dass diese Jugendlichen in ihrer Freizeit weniger verbandlich eingebunden seien und sich auch weniger oft zu Hause mit Freundinnen und Freunden treffen, da ihre Wohnungen oftmals zu klein seien. Für **nicht mehr schulpflichtige, aber aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse auch nicht ausbildungstaugliche Jugendliche oder junge Erwachsene** stellen sich zusätzliche Schwierigkeiten. Ihre Familien müssen die vom Kanton zu subventionierten Preisen angebotenen oder privat organisierte Sprachkurse selbst bezahlen, was nicht immer ohne weiteres möglich ist.

Ein Bild zu den **Zukunftsperspektiven** junger Menschen in Appenzell Ausserrhoden entsteht, indem mehrere bereits benannte Themen miteinander verbunden werden. Sowohl die demographische Entwicklung, die Aussichten betreffend Ausbildung und Möglichkeiten, den erwünschten Job in der Region zu finden, wie auch die Einschätzung, ein attraktives Umfeld für die eigene, zukünftige Familie junger Menschen zu finden, sind Faktoren, die hier einbezogen werden können.

In Bezug auf die **Berufswahl** merken einige Fachpersonen kritisch an, dass Jugendliche sich stark an Influencerinnen und Influencern in den Sozialen Medien orientieren würden. Vielen junge Menschen würden Kompetenzen fehlen, um zwischen der On- und Offline-Welt zu unterscheiden. Sie würden ihre eigene berufliche Zukunft an Online-Vorbildern ausrichten. Die Eltern wiederum seien hierbei nur begrenzt in der Lage, ihre Kinder adäquat aufzuklären, zu beraten oder wo nötig zu überwachen.

Die befragten Expertinnen und Experten bemerken zudem, dass grössere Gemeinden oftmals viele und qualitativ gute Angebote in den genannten Bereichen der Ausbildung, Berufswahl und Beratung bereithalten, während die ländlicheren Regionen weniger gut ausgestattet seien. Dies führe dazu, dass **junge Menschen, die sehr ländlich wohnen, sich oft in ihrer Berufswahl eingeschränkt sehen**, längere Arbeitswege oder auch längere Wege und entsprechende Kosten zu Beratungsangeboten in Kauf nehmen müssten. Sie fügen hinzu, dass sich die jungen Menschen oftmals nach **St.Gallen oder Zürich orientieren, da dort mehr Wahlmöglichkeiten vorhanden** seien. Auch die Frage der Kinderbetreuung sei für einige junge Berufseinsteigende ein Thema von zentraler Bedeutung. In Bezug auf **Unterstützung in Fragen der Familienplanung** schneide Appenzell Ausserrhoden im Vergleich mit anderen Kantonen schlechter ab und sei deshalb für viele junge Menschen wenig attraktiv. Die befragten Expertinnen und Experten nehmen ihrerseits einen starken **Spardruck** in Appenzell Ausserrhoden wahr, insbesondere, wenn es um Ausgaben im Sozialbereich gehe. Teilweise werde auch von sozialen Dienstleistungen eine Gewinnerzielung erwartet, was unmöglich sei. Hier stelle sich die Frage, ob die politisch Entscheidungstragenden ausreichend über Inhalt und Ziele der sozialen Angebote informiert sind. Die befragten Fachpersonen erleben in diesem Zusammenhang, dass Angebote nur dann neu geschaffen und/oder ausgebaut werden können, wenn diese als **Investition in die Zukunft** betrachtet werden. Dies sei beispielsweise bei der Etablierung der Frühen Förderung der Fall, die u. a. dazu beitragen soll, die Attraktivität von Appenzell Ausserrhoden für junge Familien und im Kanton dringend benötigte Fachkräfte zu steigern. Die **einseitige Fokussierung auf die finanzielle Machbarkeit von Angeboten** führe mitunter dazu, dass zwar Angebote bestehen, oftmals aber nicht die passgenauen, für einen bestimmten Fall notwendigen Massnahmen finanziert werden könnten.

Als einen weiteren Aspekt ihrer Zukunftsperspektiven beziehen sich die befragten jungen Menschen auf **Fragen des Umweltschutzes**. Für viele von ihnen ist es wichtig, dass Politikerinnen und Politiker gut auf die Umwelt achten, 91 % geben auch an, dass sie selber einen Beitrag zum Umweltschutz leisten wollen. In diesem Zusammenhang wurde in den offenen Antworten insbesondere der aktive Umweltschutz («Ich schaue immer auf die Umwelt und bin immer freundlich zu allen») oftmals in Verbindung mit Abfallentsorgung und Sauberkeit («Ich sammle Müll, wenn ich welchen auf dem Schulweg finde») genannt.

Ergebnisdiskussion zu Chancengleichheit und Zukunftsperspektiven junger Menschen

Zunächst kann auf der Basis der erarbeiteten Ergebnisse belegt werden, dass die Zuschreibung zu Gruppen entlang bestimmter Merkmale (grosse oder kleine Gemeinden, junge Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund) in politischen Prozessen nicht ohne sorgfältige Prüfung erfolgen kann. Wie die Befragungen zeigen, scheinen sich Fachpersonen weitgehend einig zu sein, dass Familien, insbesondere junge Menschen mit Migrationsgeschichte, stärker belastet sind bzw. ihnen weniger Ressourcen zur Verfügung stehen würden. Der Abgleich mit den Angaben der jungen Menschen selbst zeigt auf, dass sich ein solcher Zusammenhang aus ihrer Sicht nur sehr schwach belegen lässt, also keineswegs so stark ausgeprägt ist, wie die Fachpersonen betonen. Dies kann daran liegen, dass die Fachpersonen in Beratungs- und Unterstützungsangeboten verstärkt mit Menschen zu tun haben, auf die diese Merkmale zutreffen. Dann ist jedoch ihre Subsummierung der Personen «mit Migrationshintergrund» eine Pauschalisierung, die nicht den tatsächlichen Gegebenheiten entspricht. Wie bereits festgestellt, **gibt es «die Jugendlichen» als homogene Gruppe nicht**, ebenso verhält es sich mit «dem Land» (als Region mit bestimmten strukturellen Merkmalen gegenüber einer Stadt). Eine Differenzierung und entsprechende Systematisierung von Zielgruppen kann durchaus hilfreich sein. Dabei ist auch in der Kinder- und Jugendpolitik zu beachten, dass jeweils **mehrere Dimensionen einbezogen werden müssen, wenn Massnahmen entwickelt und zielgruppengerecht umgesetzt werden sollen**.

Mit Bezug auf die kritische Sicht der Fachpersonen auf die Berufswünsche einiger junger Menschen, die sich selbst als angehende Influencerinnen und Influencer sehen, ist anzumerken, dass die geäusserten Sorgen durchaus nachvollziehbar sind – aber von einem neuen Ausgangspunkt profitieren könnten: «Ländliche Regionen sind mixed realities» im Sinn eines Zusammenspiels von Prozessen der virtuellen und der realen Welten, schreiben Lindau-Bank und Stein (2020, S. 39). Anders als Erwachsene heute, stehen die jungen Menschen nicht vor einem digitalen Wandel, sondern müssen die Digitalisierung als Ausgangspunkt (an-)erkennen und nutzen. Sie pflegen Peer-Beziehungen, kommunizieren in Gruppen über Apps und nutzen Technologien wie Augmented Reality (ebd.). Damit eine Verständigung zwischen den Erfahrungen und Ansichten Erwachsener und denen junger Menschen und ihrer Lebensrealitäten möglich ist in einer Zeit, die mit raschem Wandel und sich ständig verändernden Wissensbeständen einhergeht, scheint es umso wichtiger, **Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene als aktiv ihre Realität gestaltende Subjekte in politische Entscheidungen einzubeziehen** und bereits in das Erarbeiten einer zukunftstauglichen Kinder- und Jugendpolitik – ohne einander verallgemeinernde «Generationen-Etiketten» (ebd., S. 40) einzubinden.

Die Aussagen der befragten Expertinnen und Experten in Bezug auf **Wirtschaftlichkeit, Effizienz und Flexibilität der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe** weist auf die grundlegende Frage hin, wie die öffentliche Hand ihren Auftrag stabil und sicher für alle erfüllen kann, ohne dass ein Teilbereich der Aufgaben in den privatwirtschaftlichen Bereich abgezogen wird und damit Fragen der Chancengleichheit (u. a. Zugang zu Bildung, Beratung, Sprachkursen) einer Wettbewerbsdynamik weichen. Damit verbunden werden könnte die Frage nach einem **Grundangebot der Kinder- und Jugendhilfe**, welches allen Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen sollte. Eine Systematik oder Abstufung im Hinblick auf Angebote vor Ort, regionale Angebote und Angebote im weiteren Umfeld zu entwickeln, wäre hier denkbar. Ausserdem wäre dies ein sinnvoller Ansatzpunkt einer kantonalen Kinder- und Jugendpolitik, sodass eine solche Grundlage möglichst allen Gemeinden gleichermassen zur Verfügung steht und regionale Kooperationen anregen könnte.

Anschliessend an die Überlegungen zu Wirtschaftlichkeit und Effizienz bietet es sich an zu prüfen, ob und wie das **Konzept der Nachhaltigkeit** in die Kinder- und Jugendpolitik integriert werden könnte. Es handelt sich dabei um ein integrales Konzept, welches die Dimensionen der ökologischen Verantwortung, der gesellschaftlichen Solidarität und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zueinander in Beziehung setzt (Bundesamt für Raumentwicklung ARE, o. D.). Nachhaltig ist, was Nutzen in einem der genannten Bereiche bringt, ohne einem anderen zu schaden, oder im besten Fall eine Win-Win-Situation erzeugt. Im Sinn der Aussagen der befragten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, welche sich mit einer klaren Mehrheit von 86 % dafür aussprechen, dass auch Politikerinnen und Politiker gut auf die

Umwelt achten sollten, und den Ausführungen der Fachpersonen zu Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit im Sozialwesen, könnte eine Art **«Nachhaltigkeitsprüfung» der Massnahmen der Kinder- und Jugendpolitik** eine sinnvolle Orientierung bieten. Dabei sollte es darum gehen, den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen *und* sozialen Nutzen der entwickelten Massnahmen kritisch zu prüfen sowie gegenüber den jungen Menschen und der Öffentlichkeit sichtbar zu machen, dass deren Anliegen ernst genommen werden.

4.4 Qualitativ hochwertige Angebote für junge Menschen

Der vierte thematische Fokus der Situationsanalyse behandelt die bestehenden Angebote für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und ihre Familien. Die **Qualität, Lücken in der Angebotslandschaft und Entwicklungsmöglichkeiten von bedarfsorientierten Angeboten** sind dabei zentrale Aspekte.

Zunächst zeigen die Aussagen der befragten jungen Menschen zum Themenbereich der Unterstützung, dass **45 % der Befragten kaum Unterstützungsangebote in ihrer Nähe kennen** oder nicht von solchen wissen. Eine ähnliche Verteilung lässt sich auch hinsichtlich der tatsächlichen Nutzung und der Wirkung der Angebote feststellen (vgl. Abbildung 9).

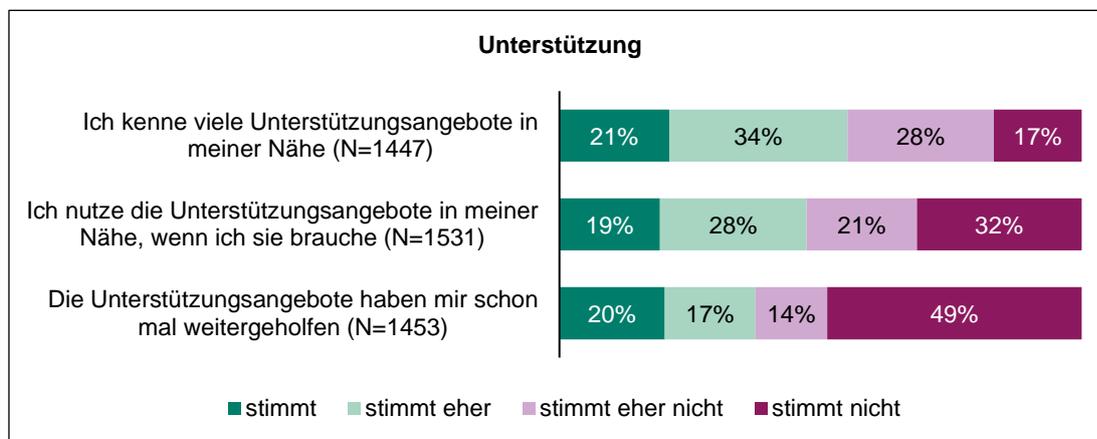


Abbildung 9

In den Antworten auf die korrespondierende offene Frage zeigt sich, dass die Teilnehmenden weniger die fehlenden Angebote an sich, sondern viel stärker die **Rahmenbedingungen und Qualitäten bereits bestehender Unterstützungsmöglichkeiten** beschäftigen. Dazu zählen die Hinweise darauf, dass es bezahlbare Angebote brauche. Ebenfalls wird die Anpassung von Öffnungszeiten angeregt. Weiter fordern die Befragten in Bezug auf bestehende Angebote kompetente Fachpersonen («Es gibt genügend jedoch werden Jugendliche nicht ernst genommen»).

Befragt nach sieben **konkreten Situationen** gaben je nach Situation zwischen 70 und 88 % an, dass sie wüssten, wo sie Unterstützung bekommen könnten. Dabei fällt auf, dass die Befragten insbesondere in Bezug auf **Schule, Berufswahl und Lehre gut informiert zu sein scheinen, wohingegen bei schwierigen Situationen oder Konflikten mit Freundinnen und Freunden und der Familie weniger klar zu sein scheint, an wen sich Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene wenden können** (vgl. Abbildung 10). Nicht zu vernachlässigen ist auch, dass mit 12 bis 31 % auch einige Befragte angeben, nicht oder eher nicht zu wissen, an wen sie sich wenden können.

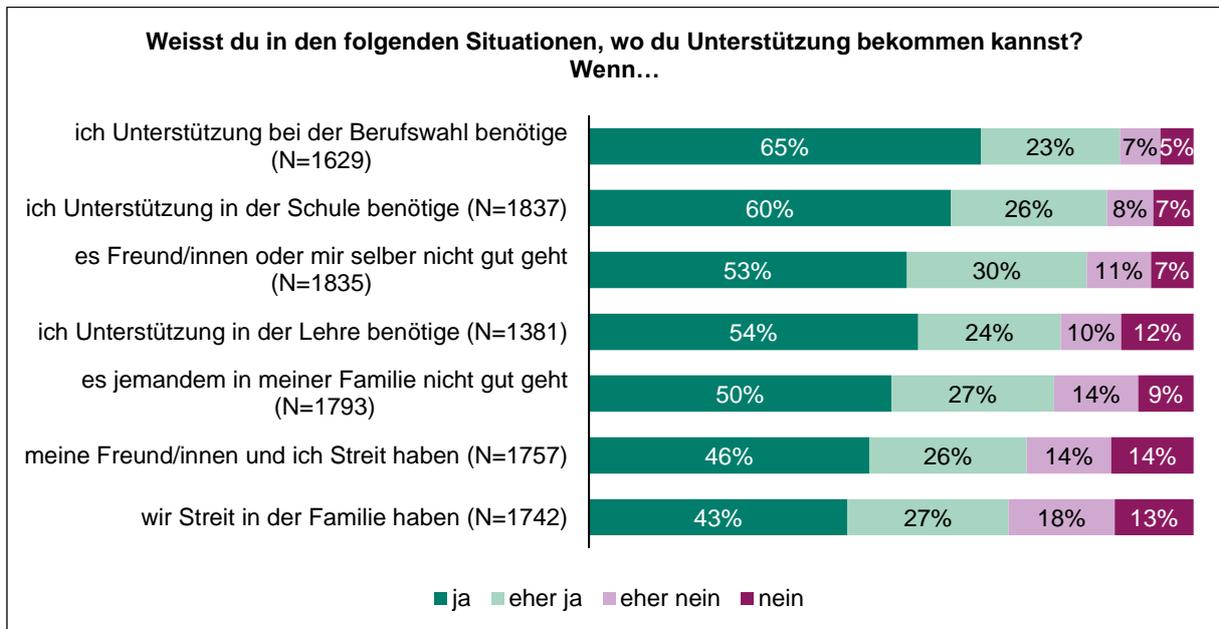


Abbildung 10

Die **Angebotslandschaft** in Appenzell Ausserrhoden wird von den befragten Expertinnen und Experten durchgängig als **gut, breit und bunt** beschrieben. Neben Angeboten für alle Altersstufen wird auch die Elternarbeit, insbesondere im Rahmen der Schulsozialarbeit, als zentral und funktionierend beschrieben. Auch die gelingende Zusammenarbeit zwischen Fachpersonen, Gemeinden und Familien wird von den Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern betont. Die übergeordnete Arbeit des Amtes für Soziales, Abteilung Chancengleichheit, wird von allen Befragten als engagiert und professionell beschrieben.

Obschon die bestehenden Angebote insgesamt als gut eingeschätzt werden, weisen die Fachpersonen auf eine **regional unterschiedliche Angebotsdichte und -qualität** hin. Sie bekräftigen damit die Wahrnehmung der befragten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen (s. Kapitel 4.2). In Appenzell Ausserrhoden gäbe es zu wenige dezentrale Angebote. Die Chancengleichheit sei daher eingeschränkt (s. Kapitel 4.3). Hinzu komme, dass in die Informationsarbeit über konkrete Angebote, deren Erreichbarkeit und Zuständigkeit, sowohl gegenüber der Zielgruppe wie auch im Netzwerk der Fachpersonen, stärker investiert werden könnte.

Die befragten Expertinnen und Experten sprechen zudem aus ihrer Sicht **fehlende Angebote** an. Sie stellen fest, dass es – abgesehen von dem Angebot in Herisau – keine Beratungsstellen, aber auch wenig attraktive Freizeitangebote **speziell für ältere Jugendliche** gebe. Die Fachpersonen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sehen solche Angebote idealerweise in ihren Einrichtungen angesiedelt, um einen niederschweligen Zugang zur Beratung optimal zu gewährleisten. Sie weisen darauf hin, dass die offenen Angebote in Appenzell Ausserrhoden insgesamt **noch zu wenig professionalisiert seien**, wenngleich einige Gemeinden (Rehetobel, Wald und Trogen) solche Angebote aktuell aufbauen würden. In weiteren Gemeinden werden offene Angebote durch Ehrenamtliche betrieben, was aber auch zu Problemen – z. B. Überlastung und Überforderung auf Seiten der ehrenamtlich Tätigen – führen könne. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, wie engagierte Personen, die einen grossen Anteil der Leistungen in der Kinder- und Jugendförderung übernehmen, selbst gefördert und unterstützt werden können, damit sie ihren Aufgaben möglichst motiviert und tatkräftig nachkommen können. Auch im Hinblick auf Kinderschutzfragen sei es wichtig, die Personen zu Kinderrechten und Unterstützungsangeboten zu informieren, damit sie im Bedarfsfall angemessen reagieren können.

Nicht zuletzt bringen die Expertinnen und Experten gerade auch gegenüber dem Engagement von Freiwilligen und Ehrenamtlichen Fragen nach steigender Professionalisierung und den entsprechenden Gestaltungsprozessen ein. **Anerkennung und Abstufungen von Aus- und Weiterbildungen**, Qualität und deren Sicherung zeigen sich in diesem Themenbereich.

Die befragten Vertretenden der kommunalen Kinder- und Jugendpolitik ermöglichen eine **Gesamt-schau möglicher bzw. bestehender Angebote** in ihren Gemeinden (s. Tabelle 2). Unterschiedliche

Gemeinden melden ergänzend einen Bedarf im Aus- bzw. Aufbau im Bereich der Jugendarbeit, der Kinderbetreuung (Kita, Hort, Mittagstisch, etc.) sowie der Frühförderung. In rund zwei Drittel aller Gemeinden schätzen die Befragten die vorhandenen finanziellen Mittel für die Kinder- und Jugendförderung als ausreichend ein. Zusätzliche Gelder würden je nach Bedarf in der Jugendarbeit, neuen Freizeitangeboten und in Betreuungsangeboten für Kinder ihren Einsatz finden.

Tabelle 2. Angebot in den Gemeinden von Appenzell Ausserrhoden (→ Praxisprojektbericht)

Was umfasst das aktuelle Angebot für Kinder und Jugendliche in Ihrer Gemeinde?	
• Freizeitangebote (z. B. Sportvereine)	• Unterstützungsangebote (Begleitung und Hilfe)
• Spielplätze	• Informationsplattform (z. B. Onlineplattformen, schwarzes Brett)
• Park (öffentlicher Raum)	• Berufsinformationszentrum
• Anlaufstellen	• Schulsozialarbeit
• Beratungs- und Unterstützungsangebote (Begleitung und Hilfe, z. B. Aufgabenhilfe)	• Partizipationsmöglichkeiten (Mitbestimmung der Kinder/Jugendlichen)
• Kita	• Offene Jugendarbeit
• Spielgruppe	• Jugendzentrum
• Mittagsbetreuung	• Jugendtreff
• Hort	• Jugendcafé
• Ferienangebote (z. B. Ferienpass)	

Die **Zusammenarbeit zwischen einzelnen Fachstellen und fachlichen Netzwerken** werden von den befragten Expertinnen und Experten prinzipiell als positiv beschrieben. Während einige konkrete Entwicklungsmöglichkeiten benannt werden, beschreiben die interviewten Fachpersonen vor allem qualitative Ansprüche an Netzwerke und die konkrete Zusammenarbeit. Als Kernelement kann der Zusammenarbeitsgedanke – kein Konkurrenzdenken – benannt werden. Die Fachpersonen betonen, dass sie voneinander wissen müssten, um die Angebote, welche einander ergänzen sollen, bestmöglich im Sinne der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen einsetzen und weiterentwickeln zu können. Positiv erwähnt von den befragten Fachpersonen wird das **bestehende kantonale Netzwerk**, welches über das Amt für Soziales, Abteilung Chancengleichheit, koordiniert wird. Es bietet bestehenden sowie neuen Organisationen die Gelegenheit, einander kennenzulernen, Kontakte zu knüpfen und Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede zu erkennen, ohne sich als Konkurrenz wahrzunehmen.

Ergebnisdiskussion zu qualitativ hochwertigen Angeboten für junge Menschen

Die bestehende **Angebotslandschaft** im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe in Appenzell Ausserrhoden ist auf Basis der erhobenen Daten als **vielfältig und unterschiedlich ausgeprägt** zu bezeichnen. Wichtig scheint es einerseits, aktuelle Entwicklungen im Blick zu behalten, um Veränderungen im Bedarf, nötigen strukturellen Anpassungen und Qualitätssicherungsmassnahmen nachkommen zu können. Wird ein Angebot wie die Schulsozialarbeit neu eingeführt, sind Veränderungen in anderen bisher frequentierten Angeboten möglich und müssen entsprechend beurteilt werden. Die **Systematik einer Erhebung bzw. Koordination unterschiedlicher Datensätze** (welche bspw. die Organisationen selbst zur Verfügung stellen könnten) ist sinnvollerweise bei einer zentralen, koordinierenden Stelle wie der oder dem Kinder- und Jugendbeauftragten zu verorten.

Darüber hinaus zeigt sich, dass der **Informationsarbeit** weiterhin ein hoher Stellenwert zukommt. Einerseits ist es zentral, gegenüber den Zielgruppen die unterschiedlichen Angebote und deren Leistungen sichtbar zu machen, damit diese bei Bedarf möglichst niederschwellig erreicht werden können. Es bietet sich an, dafür immer wieder die Perspektive von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen einzuholen und diese angemessen zu berücksichtigen – beispielsweise indem Fragen nach Öffnungszeiten, Positionen der Fachpersonen, Finanzierung und räumlicher Anordnung (Auswahl der Orte, Einrichtung und Gestaltung) bewusst partizipativ bearbeitet werden. Im Rahmen der Kinder- und Jugendpolitik kann der Kanton die Trägerschaften dabei unterstützen. Andererseits ist es auch von Bedeutung, dass die Fachpersonen der unterschiedlichen Dienste und Angebote selbst besser und mehr voneinander wissen, um angemessen reagieren zu können. Eine **stärkere fachliche Vernetzung** trägt zur qualitativen Entwicklung und Professionalisierung bestehender Angebote bei, die wiederum den jungen

Menschen und ihren Familien in Form von adäquaten, zielgruppengerechten Angeboten direkten zugutekommt. Der **Kanton kann, wie bis anhin, in der koordinierenden Rolle solche Netzwerke gezielt fördern**. Diesbezüglich stellen sich konkret –auch gegenüber dem Engagement von Freiwilligen und Ehrenamtlichen – Fragen nach entsprechenden Gestaltungsprozessen. Anleitende Fragen für die Entwicklung einer Förderstrategie könnten sein: Welche Bereiche sind bereits oder werden zunehmend professionell betrieben? Welche werden von Ehrenamtlichen oder Freiwilligen abgedeckt? Welche Veränderungen in der Landschaft der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, auch der Gemeinden oder Regionen, bringt dies mit sich? Wo sollen Entwicklungen gezielt gesteuert und gefördert werden, damit bestimmte Standards erreicht werden können? Bleiben durch die Förderung einzelner Bereiche andere zurück? Wie können die engagierten Freiwilligen und Ehrenamtlichen gefördert und unterstützt werden können, damit sie ihren Aufgaben möglichst motiviert und tatkräftig nachkommen können?

Neben individuellen Motiven aller Beteiligten können als **gemeinsame Basis des kinder- und jugendpolitischen Netzwerks Appenzell Ausserrhodens** das Gewährleisten des Kindeswohls, die Umsetzung der Kinderrechte in allen gesellschaftlichen Bereichen oder der Wunsch, einen Beitrag zum gelingenden Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu leisten, identifiziert werden. Die bewusste Verständigung über eine solche gemeinsame Basis, welche auch an die bereits bestehende Haltung («Kooperation statt Konkurrenz») anknüpft, könnte die Zusammenarbeit weiter stärken und in der Netzwerkarbeit eine gemeinsame Vision darstellen, über die konkrete Massnahmen verhandelbar werden.

4.5 Erfahrungen aus der Covid-19-Pandemie

Die **Auswirkungen der Covid-19-Pandemie** stehen nicht im Vordergrund der Situationsanalyse, der Auftrag zur Situationsanalyse war bereits unabhängig von der Pandemie-Entwicklung erteilt. Aufgrund der unterschiedlichen Erhebungsphasen während der Pandemie haben sich dennoch einige Hinweise ergeben, die in die vorliegende Situationsanalyse einfließen sollen, diese werden im Folgenden aufgeführt.

Unübersehbar zeigte sich, dass die Pandemie in der Lebensrealität der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Appenzell Ausserrhodens angekommen ist. Wenngleich keine Frage zum Erleben der Pandemie an die jungen Menschen gestellt wurde, entschieden sich die Befragten teilweise, im Rahmen der **offenen Abschlussfrage Stellung zu nehmen zur Covid-19-Pandemiesituation** («Es braucht einen Lockdown» oder «Finde das die Corona Massnahmen überspitzt sind»). Die Aussagen weisen ein breites Spektrum persönlicher Meinungen der jungen Menschen hin, die aufgrund der Aktualität auch Raum erhalten und verhandelt werden sollen.

Auch von den Expertinnen und Experten wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, dass die Covid-19-Pandemie zur **Verstärkung sozialer Ungleichheiten** führe. Für sozial und finanziell benachteiligte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gestaltet sich die Schul-, Bewerbungs- und Arbeitssituation zunehmend schwieriger. Die befragten Fachpersonen der Kinder- und Jugendarbeit nahmen Bezug auf die Situation älterer Jugendlicher, diese seien frustriert und zusätzlich eingeschränkt in ihren (schulischen und beruflichen) Perspektiven. Die Fachpersonen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit haben sich dafür eingesetzt, ihre Angebote möglichst durchgängig offen zu lassen, um die jungen Menschen in dieser herausfordernden Zeit unterstützen zu können.

In Kombination mit der ungewohnten Situation aufgrund der Covid-19-Pandemie machten Expertinnen und Experten auch auf den **hohen Druck** aufmerksam, unter dem viele Jugendliche, beispielsweise in Bezug auf ihre Schulleistungen, stehen und der durch die Pandemie-Situation noch weiter verstärkt wird. Sowohl die Fachpersonen des Kinderschutzes als auch der Offenen Kinder- und Jugendarbeit bemerken, dass der **Konsum von härteren Drogen** (u. a. Amphetamin, Ketamin, Kokain) zunimmt.

Nicht zuletzt weisen die Expertinnen und Experten auf den **höheren Bedarf an fachlichem Austausch** – bei geringer werdenden Ressourcen dafür – hin. Gerade in der kaum vorhersehbaren Pandemie-Situation wäre ein Austauschgefäss wichtig, **die Ressourcen dafür seien jedoch nicht vorhanden**. Der Kanton könnte hier eine Rolle übernehmen, indem Ressourcen geschaffen und die Koordination der Netzwerkarbeit übernommen würden.

Ergebnisdiskussion zu Erfahrungen aus der Covid-19-Pandemie

Die Hinweise aus der Erhebungsphase zur Situationsanalyse korrespondieren mit weiteren vorhandenen Studien zur Auswirkung der Corona-Pandemie auf die Lebenssituationen von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und deren Familien.³ Viele der bereits **bestehenden Ungleichheiten** und Herausforderungen haben sich durch prekäre Arbeitssituation der jungen Menschen selbst, angespannte Beschäftigungsverhältnisse ihrer Eltern oder die Erkrankung auch von Angehörigen **verschärft**. In diesem Zusammenhang stellen sich Fragen des Kinderschutzes, der Förderung, der Chancengleichheit und Zukunftsperspektiven der jungen Menschen akzentuiert. Die Kinder- und Jugendpolitik hat diese Ausgangslage selbstverständlich zu berücksichtigen. Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass durch die Pandemie grundsätzlich andere Themen auf eine zeitgemäße Kinder- und Jugendpolitik zukommen würden, als die bereits benannten – **diese zeigen sich zurzeit nur in besonderen Ausprägungen**.

³ Siehe z. B. Andresen et al. (2021), Koordinationsbüro für Offene Jugendarbeit und Entwicklung (koje) (2020) oder Baier und Kamenowski (2020)

5 Empfehlungen

Aus dem Prozess und den Ergebnissen der Situationsanalyse lassen sich aus fachlicher Sicht der Steuergruppe Empfehlungen für nächste Schritte der Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik in Appenzell Ausserrhoden ableiten. Sie werden in diesem Kapitel beschrieben und entsprechen Orientierungshilfen für alle weiteren kinder- und jugendpolitische Massnahmen. In einem zweiten Schritt können darauf aufbauend weitere, längerfristige Massnahmen definiert werden. Die Erkenntnisse der Situationsanalyse (s. Abschnitte zur Ergebnisdiskussion sowie Hinweise aus den drei Teilberichten) bieten dafür vielfältige und praktische Anhaltspunkte.

5.1 Erarbeiten von Leitlinien für die Kinder- und Jugendpolitik

Um die Dimensionen der Kinder- und Jugendpolitik – Schutz, Förderung, Partizipation – langfristig in Appenzell Ausserrhoden zu bearbeiten, sind transparente und von möglichst vielen Akteurinnen und Akteuren gemeinsam getragene **Leitlinien im Sinn einer gemeinsamen Vision** hilfreich. Dadurch soll vor allem der Frage nachgegangen werden, wie eine zeitgemässe Kinder- und Jugendpolitik in Appenzell Ausserrhoden umgesetzt werden kann. Erste Grundlegungen dafür wurden bereits durch die vorliegende Situationsanalyse gesetzt. Daraus abgeleitet bieten sich als **Inhalte** solcher Leitlinien an:

- Aussagen zum **Partizipationsverständnis** (s. Kapitel 4.2),
- eine **Definition von Nachhaltigkeit**, die sich auch auf Belange der Kinder- und Jugendpolitik anwenden lässt (s. Kapitel 4.3) sowie
- Aussagen zu einer **kooperativen Grundhaltung** in allen Belangen der Kinder- und Jugendpolitik, welche anerkennt, dass das Aufwachsen der jungen Menschen durch ein Zusammenspiel vieler unterschiedlicher Akteurinnen und Akteuren in unmittelbarer Nähe und weiterer Distanz mitgestaltet und beeinflusst wird, und diese immer wieder zusammen passende Rahmenbedingungen definieren und umsetzen können (s. Kapitel 4.4).

Um aussagekräftige Leitlinien entlang dieser Inhalte zu erarbeiten, gilt es, durch das Amt für Soziales, Abteilung Chancengleichheit, in Kooperation mit den verantwortlichen Akteurinnen und Akteuren zu folgenden Punkten eine **Positionierung** zu entwickeln:

- Abgrenzung zwischen **Verantwortungsbereichen** und damit verbundenen **Aufgaben** der Kinder- und Jugendpolitik, welche der Kanton übernimmt gegenüber solchen, welche die Gemeinden übernehmen.
- Eine Definition von **Standards** der Kinder- und Jugendpolitik in den Bereichen Schutz, Förderung und Partizipation – soweit möglich, und davon abgeleitet die Definition von Angeboten, die jedem jungen Menschen in Appenzell Ausserrhoden zur Verfügung stehen sollen: Was umfasst dieses Angebot? Wie kann der Zugang dazu gewährleistet und somit die Chancengleichheit der jungen Menschen erhöht werden?
- Regelungen zur Weitergabe bzw. Publikation von relevanten **Informationen** der Kinder- und Jugendpolitik (bspw. Entscheide, Studien, etc.), damit aktuelle Daten verfügbar sind und die zuständigen Personen diese für ihren Arbeitsbereich interpretieren und für die Anliegen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen einsetzen können. Welche unterschiedlichen Kommunikationskanäle können für welche Zielgruppen sinnvoll eingesetzt werden?
- Prüfung passender **Gremien** (bspw. kantonale Kinder- und Jugendkommission), die die kantonale Kinder- und Jugendpolitik durch unterschiedliche fachliche Perspektiven breit abstützen und anreichern.

Die vorliegenden Empfehlungen der SODK (2016) können dabei so ausgelegt werden, dass auf Appenzell Ausserrhoden bezogen **passende Instrumente entwickelt** werden, die die aktuellen Standards mitunter auch auf kreative Weise erfüllen. So ist beispielsweise denkbar, dass statt einer so genannten kantonalen Kinder- und Jugendkommission das bereits bestehende jährliche Netzwerktreffen eine Resonanz- und Beratungsfunktion übernimmt. Bedingung wäre, dass die oder der Kinder- und Jugendbeauftragte bestimmte Informations- und Vernetzungsaufgaben übernimmt, sodass die Reflexionsprozesse gut angeleitet stattfinden können. In die politischen Prozesse können so Fragen bzw. Anliegen und Rückmeldungen aus einer vielfältigen Praxis einfließen.

5.2 Regelmässige Überprüfung der Massnahmen sicherstellen

Die vorliegende Situationsanalyse stellt einen weit reichenden Datensatz zur Verfügung, auf deren Basis die Kinder- und Jugendpolitik in Appenzell Ausserrhoden weiterentwickelt werden kann. Während zentrale Fragen der Kinder- und Jugendpolitik in einigen Jahren immer noch relevant sein werden, sind die erhobenen Daten bis dahin veraltet. **Um Steuerungsentscheide treffen zu können**, insbesondere in einem eher kleinen Kanton mit entscheidenden, dynamischen Entwicklungen in den Bereichen Wirtschaft (Arbeitsmarktentwicklung, Digitalisierung) und Gesellschaft (Demografie, Migration) stellt eine in regelmässigen Abständen erhobene Datengrundlage eine dringend benötigte Basis dar.

Erst wenn sich auch konkret abbilden lässt, wie heterogen und divers «die jungen Menschen» auf «dem Land» leben (s. Kapitel 4.1) können die Lebensrealitäten ernst genommen und **wirksame Massnahmen einer Kinder- und Jugendpolitik entwickelt und überprüft** werden. Es ist dabei den unterschiedlichen Massnahmen Rechnung zu tragen und spezifische Vorgehen pro Massnahme zu entwickeln. Auf dieser Basis können Erhebungen auch wiederkehrend durchgeführt, Veränderungen beobachtet und bei Bedarf relevante Daten für Entscheidungsfindungsprozesse aufbereitet werden. **Förderstrategien** der Kinder- und Jugendpolitik können begründet und je nach Bedarf für einzelne Gemeinden oder regionale Ansätze angepasst werden. Sinnvoll ist es, die oder den Kinder- und Jugendbeauftragten in der **koordinierenden Rolle** damit zu betrauen, diese Daten einzuholen und bereitzustellen.

5.3 Die aktive Kinder- und Jugendpolitik sichtbar machen

Die kantonale Verwaltung, insbesondere das Amt für Soziales ist bereits heute intensiv mit kinder- und jugendpolitischen Aufgaben befasst. Als Knotenpunkt, vielfach auch erster Ausgangspunkt einer umfassenden Kinder- und Jugendpolitik müssen diese **Aktivitäten des Amtes für Soziales sowie solche in den Gemeinden weithin sichtbar** sein, damit andere Einheiten der kantonalen Verwaltung, Politikerinnen und Politiker wie Fachpersonen aus Kanton und Gemeinden auf sie als Koordinationsstelle zukommen können. Ebenso könnten junge Menschen dadurch zukünftig Gelegenheiten zur Partizipation in der kantonalen Politik erhalten. Diese Sichtbarkeit kann gestärkt werden, indem:

- **kinder-, jugend- und familiengerechte Informationskanäle** zur Verfügung stehen und aktuell gehalten werden. Denkbar wären altersgerechte Zugänge zu Informationen über unterschiedliche Kanäle, sodass Kinder, Jugendliche und (junge) Erwachsene sich in der Angebotslandschaft zurechtfinden (u. a. Gestaltung von Webseiten – das betrifft sowohl die eigene Informationsarbeit der kantonalen Verwaltung als auch die Förderung von unterschiedlichen Angeboten in den Gemeinden, von privaten oder verbandlichen Trägerschaften).
- über verfügbare **Fördermöglichkeiten** immer wieder informiert wird, sodass die vorhandenen Mittel möglichst ausgeschöpft werden oder neue Ressourcen erschlossen und verteilt werden können.
- **Erkenntnisse und Dynamiken** auf interkantonalen, nationaler oder internationaler Ebene verarbeitet und an zuständige Stellen **weitergegeben** werden. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die aktuellen Informationen und ihr weiterer Kontext einbezogen, Entwicklungen antizipiert und Entscheidungen auf Basis einer umfassenden Datenlage getroffen werden können. Die Teilnahme an (Fach-)Kongressen sowie bestehende Mandate in interkantonalen und nationalen Kommissionen stellen dafür eine ideale Ausgangslage dar.

Der Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik in Appenzell Ausserrhoden kommt ausserdem eine weitere Ressource zugute: der flächenmässig kleine Kanton bietet Gelegenheiten für **kreative, bewegliche Lösungen**, die auf kurzen Wegen erreicht werden können. Diese sollte im weiteren Prozess, der Prüfung der Empfehlungen und Gestaltung einer aktiven Kinder- und Jugendpolitik von allen Beteiligten immer wieder aufgezeigt und genutzt werden.

5.4 Stabile Rahmenbedingungen für ein koordiniertes Vorgehen schaffen

Die genannten Massnahmen bedürfen einer **koordinierten Umsetzung**. In Appenzell Ausserrhoden ist eine entsprechende Stelle bereits vorhanden, welche die/der Kinder- und Jugendbeauftragte übernimmt. Sie ist im Amt für Soziales in der Abteilung Chancengleichheit angesiedelt und arbeitet unmittelbar an der Schnittstelle zu den beiden ebenfalls dort angesiedelten Fachstellen für Integration von Migrantinnen und Migranten und Gleichstellung von Frau und Mann. **Synergien** können auf diese Weise genutzt werden, und auch zu anderen kantonalen Stellen und in die Gemeinden sind die Wege kurz. Die Zusammenarbeit kann durch diese Verankerung konsequent betrieben und weiterentwickelt werden. Sowohl durch inhaltliche Nähe als auch bisherige Erfahrungen der operativen Arbeit wird deutlich, dass die Ansiedelung der Koordinationsstelle für Kinder- und Jugendarbeit und im weiteren Sinn der Kinder- und Jugendpolitik diesbezüglich sinnvoll ist.

Die Stelle steht jedoch zurzeit auf keinem rechtlich abgesicherten Fundament. Während **rechtliche Grundlagen** zum Tätigwerden der Abteilung Chancengleichheit (Art. 24 Abs. 2 und Art. 24 Abs. 2 Verfassung des Kantons Appenzell A. Rh. (bGS 111.1) formuliert sind, bieten diese wenig konkrete Hinweise für deren Ausgestaltung. Die operative Arbeit stösst daher wiederholt an Grenzen, konkret fehlen Kompetenzen, um Entscheidungen eben dieser Ausgestaltung der Arbeit zu treffen und Finanzbeiträge zu sprechen. Ein entsprechendes **Gesetz zur Kinder- und Jugendförderung**, welches sowohl die kantonale Koordinationsstelle als auch eine Grundlage für die Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel regeln würde, sollte daher bei einer nächsten Gesetzesrevision berücksichtigt werden. Der Kanton würde damit den **Empfehlungen der SODK (2016)** nachkommen, «Leistungen mit hoher Qualität anzubieten, den Zugang und die Finanzierung klarzustellen und ihre interne Organisation sowie die verschiedenen Zuständigkeiten zu klären» (S. 23). Dabei sind insbesondere kantonale Leistungen zu berücksichtigen, welche die Erreichung der Ziele der Kinder- und Jugendpolitik ermöglichen. Somit liesse sich auch der Zugang zu diesen Leistungen, deren Finanzierung sowie eine entsprechende Organisation und die Kompetenzen regeln (ebd.).

6 Literatur

- Andresen, S., Heyer, L., Lips, A., Rusack, T., Schröer, W., Thomas, S., & Wilmes, J. (2021). Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie. Erfahrungen, Sorgen, Bedarfe. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Baier, D., & Kamenowski, M. (2020). Wie erleben Jugendliche den Corona Lockdown? Ergebnisse einer Befragung im Kanton Zürich. Zürich: Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. https://digitalcollection.zhaw.ch/bitstream/11475/20095/3/2020_Baier-Kamenowski_Jugendliche-Corona-Lockdown.pdf
- Bartscher, M. (1998). Partizipation von Kindern in der Kommunalpolitik. Freiburg im Breisgau: Lambertus.
- Brüscheiler, B., Cavelti, G., Falkenreck, M., Gloor, S., Hinder, N., Kindler, T., & Zaugg, D. (2021). Kinderrechte aus Kinder- und Jugendsicht. Kinderrechte-Studie Schweiz und Liechtenstein 2021. Herausgegeben von UNICEF Schweiz und Liechtenstein und dem Institut für Soziale Arbeit und Räume, Departement Soziale Arbeit der OST – Ostschweizer Fachhochschule. Zürich und St.Gallen.
- Bundesamt für Raumentwicklung [ARE] (o. D.). Nachhaltigkeitsverständnis in der Schweiz. <https://www.are.admin.ch/are/de/home/nachhaltige-entwicklung/nachhaltigkeitspolitik/nachhaltigkeitsverstaendnis-in-der-schweiz.html>
- Bundesamt für Sozialversicherungen [BSV] (2021a). Kinder- und Jugendpolitik Schweiz. Kanton Appenzell Ausserrhoden. <https://www.kinderjugendpolitik.ch/bestandesaufnahme/kantone/kantonsdaten/organization/organization/show/appenzell-ausserrhoden?open-accordions=legalframeworks>
- Bundesamt für Sozialversicherungen [BSV] (2021b). Kinder und Jugendpolitik Schweiz. Kantone. <https://www.kinderjugendpolitik.ch/themen-und-grundlagen/rechtliche-grundlagen/grundlagen-und-zustaendigkeiten-in-der-schweiz/kantone>
- Bundesamt für Sozialversicherungen [BSV] (2021c). Kinder- und Jugendpolitik Schweiz. Kinder und Jugendschutz. <https://www.kinderjugendpolitik.ch/themen-und-grundlagen/definitionen/kinder-und-jugendpolitik-im-ueberblick/kinder-und-jugendschutz>
- Bundesamt für Sozialversicherungen [BSV] (2021d). Kinder- und Jugendpolitik Schweiz. Entwicklung und Förderung der Autonomie. <https://www.kinderjugendpolitik.ch/themen-und-grundlagen/definitionen/kinder-und-jugendpolitik-im-ueberblick/entwicklung-und-foerderung-der-autonomie>
- Bundesamt für Sozialversicherungen [BSV] (2021e). Kinder- und Jugendpolitik Schweiz. Mitsprache und Mitbestimmung. Online unter: <https://www.kinderjugendpolitik.ch/themen-und-grundlagen/definitionen/kinder-und-jugendpolitik-im-ueberblick/mitsprache-und-mitbestimmung>
- Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren [SODK] (2016). Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik in den Kantonen. https://ch-sodk.s3.amazonaws.com/media/files/2016.06.21_SODK_Empf_KJP_d_ES_RZ.pdf
- Koordinationsbüro für Offene Jugendarbeit und Entwicklung [koje] (2020). «Wir werden gemeinsam mit unseren Träumen eingesperrt.» Ergebnisse der Umfrage Jugend & Corona. Bregenz: koje. https://www.koje.at/wp-content/uploads/2020/12/Ergebnisbericht-der-Umfrage-Jugend-und-Corona-in-Vorarlberg_Wir-werden-gemeinsam-mit-unseren-Traeumen-eingesperrt.pdf
- Lindau-Bank, D., Stein, M. (2020). Boomer 4.0 Millennials auf dem Land. In: K. Farin & G. Mey (Hrsg.), WIR. Heimat – Land – Jugendkultur (S. 35-62.). Berlin: Hirnkost.
- Lüttringhaus, M. (2000). Stadtentwicklung und Partizipation. Fallstudien aus Essen Katernberg und der Dresdner Äusseren Neustadt. Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten. Bonn: Stiftung Mitarbeit.
- Mayring, P. (2015). Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken (12. Überarbeitete Aufl.). Weinheim und Basel: Beltz.
- Mey, G. (2020). Lebensrealitäten von Jugendlichen in ländlichen Regionen. Annotationen aus der Peripherie von Jugendforschung. In K. Farin & G. Mey (Hrsg.), WIR. Heimat – Land – Jugendkultur (S. 20–33). Berlin: Hirnkost.
- Rieker, P., Mörgen, R., Schnitzer, A., & Stroezel, H. (2016). Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Formen, Bedingungen sowie Möglichkeiten der Mitwirkung und Mitbestimmung in der Schweiz. Wiesbaden: Springer.